



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
6. Sitzung	Donnerstag, 23. Oktober 2014 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Stefan Semela, Präsident
Protokoll	Romana Giandico-Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Christine Brüesch Ferdinand Senn
Anwesend	35 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Denise Hunziker Daniela Graubner Ueli Zulauf Marion Möllerke Markus Renggli
Ende der Sitzung	00.20 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2014/43	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge	88
2	2014/44	Aufgaben- und Finanzplanung 2015 - 2019	88
3	2014/45	Budget 2015	93
4	2013/46	Umfrage	124

Ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Denise Hunziker, Daniela Graubner, Ueli Zulauf, Marion Möllerke und Markus Renggli. Dan Meier ist noch nicht hier, ich gehe aber davon aus, dass er später noch kommen wird. Es sind somit 34 in Pflicht genommene Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

1 2014.43 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge

Stefan Semela: Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 20. Oktober 2014 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 11. September 2014 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Verpflichtungskredit der Feuerwehr Obersiggenthal von CHF 250'060 für den Ersatz des Schlauchverlegers und CHF 192'990 für den Ersatz des Verkehrsfahrzeuges durch zwei neue Fahrzeuge.

Zu den **Mitteilungen:** **Stefan Semela:** Ich habe ein Rücktrittsschreiben von Bettina Lutz Güttler erhalten. Dieses wird vorgelesen.

Dieter Martin: Gemeindeammann: Ich möchte Sie informieren, dass an der Einwohnerratssitzung vom 11. Dezember 2014 zwei Themen behandelt werden. Dies betrifft einerseits die Heizung in der Sporthalle und andererseits den Wettbewerbskredit für das Schulhaus Kirchdorf.

Stefan Semela: Während dem Vorlesen des Rücktrittsschreiben ist Dan Meier eingetroffen. Es sind somit 35 vereidigte Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr bleibt bei 18.

Stefan Semela: Zu den **Eingängen:** Es sind keine Neueingänge eingegangen.

Zum **Protokoll:** Das Protokoll vom 16. Oktober 2014 wird in der Dezembersitzung genehmigt.

2 2014.44 Aufgaben- und Finanzplanung 2015 - 2019

Stefan Semela: Einsitz nimmt Bernhard Wehrli, Leiter Finanzen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Linus Egger, Gemeinderat: Sie haben die Finanzpläne der Einwohnergemeinde, Wasser und Abwasser erhalten.

Linus Egger erklärt anhand einiger Folien den Finanzplan.

Zuerst wird der Verlauf des Steuerfusses von 1994 bis heute aufgezeigt. Der Steuerfuss soll für das Jahr 2016 auf 100% steigen. Dies wird mit dem nächsten Budget beantragt.

Die Nettoschulden steigen von heute rund CHF 15 Mio. auf CHF 35 Mio. Der Gemeinderat hat den Auftrag erhalten, die Investitionen zu splitten. Das Gemeindehaus ist im Investitionsplan noch mit CHF 2.8 Mio. enthalten. Im Budget wurde aber ein Betrag für die Planung des gesamten Bachmattareals eingesetzt. Dies beinhaltet das Strübelihuus, Bibliothek, Gemeindehaus und das Schulhaus Bachmatt. Es muss erwähnt werden, dass die Kosten gleich geblieben sind wie im letztjährigen Finanz- und Investitionsplan.

Beim Technischen Zentrum ist der Gemeinderat zusammen mit der EGS am Prüfen, wie die Synergien für eine gemeinsame Lagerhalle genutzt werden können. Die Frage, wer die Halle baut, ist noch nicht geklärt.

Für den Fussballplatz wurde eine Studie in Auftrag gegeben. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der bestehende Fussballplatz vergrössert werden kann, damit die Normen für die Spiele wieder eingehalten werden.

Der Mättelisteg ist wieder neu im Aufgaben- und Finanzplan enthalten. Die ca. CHF 1 Mio. beträgt einen Drittel der gesamten Kosten. In diesen Kosten ist aber auch der Planungskredit enthalten. Es ist noch nichts bewilligt. Wenn das Oederlinareal wirklich überbaut wird, dann könnte der Mättelisteg interessant werden.

Im Aufgaben- und Finanzplan hat es neue Begriffe, die ich gerne erläutern würde:

Mittelfristiges Haushaltsgleichgewicht

Das ist das operative Ergebnis kumuliert drei Jahre vor und nach dem Budget. Dies heisst in diesem Fall vom Jahr 2012 bis 2018.

Bilanzüberschuss

Darin befindet sich das Eigenkapital, Aufwertungs- und Neubewertungsreserve. Hier ist aber noch nicht alles enthalten, da der Kanton noch nicht alle Zahlen liefern konnte.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Auch die Finanzkommission hat sich intensiv mit dem Aufgaben- und Finanzplan für die nächste Periode auseinandergesetzt.

Anhand von Folien werden die Verschiebungen vom letzten zum jetzigen Aufgaben- und Finanzplan aufgezeigt. Es ist zu sehen, dass die Verschuldung in den nächsten Jahren tendenziell etwas tiefer ausfällt als im letzten Jahr noch angenommen wurde. Die Gründe liegen darin, dass beschlossene Investitionen wie z. B. das Goldiland etwas tiefer werden als im Finanzplan vorgesehen. Ein weiterer Grund sind die Verschiebungen, die der Gemeinderat in seiner Planung vorgenommen hat.

Die Verschuldung, wenn alle geplanten Investitionen getätigt werden, liegt bei CHF 4'000 pro Einwohner. Dies würde deutlich über dem Legislaturziel liegen, welche der Gemeinderat letzte Woche präsentiert hat. Dort hiess es, es wird eine max. Schuld von CHF 3'000 pro Einwohner angestrebt.

Die markantesten Verschiebungen zeigt das Bachmattareal, welches vom 2019 auf das Jahr 2015 vorgezogen wurde, dafür wurden das Gemeindehaus und das technische Zentrum nach hinten verschoben. Bei der Heizung in der Sporthalle wurde CHF 400'000 weniger eingesetzt. Die nächste Hallen- und Gartenbadsanierung wurde ebenfalls um zwei Jahre nach hinten verschoben.

Wenn der Gemeinderat die Investitionen einfach um ein paar Jahre nach hinten verschiebt, heisst dies ja nicht, dass diese nicht kommen werden. Die Diskussion, welche Investitionen getätigt werden sollen oder nicht, muss unbedingt geführt werden. Zum Mättelisteg kann ich einfach sagen, dass dieser auch in der Finanzkommission mehrfach diskutiert wurde. Der Grundkonsens lautet: der Steg ist mit Gesamthaff CHF 3 Mio. zu teuer. Wir sind aber sehr gespannt, was die Nachbargemeinden geplant haben.

Aus unserer Sicht können wir dem Gemeinderat attestieren, dass mit dieser Verschiebung eine gewisse Priorisierung erkennbar ist. Aus unserer Sicht reicht dies aber noch nicht. Wir erwarten, dass die Priorisierung weitergezogen wird. Die bedeutet allenfalls, dass der Gemeinderat den Rotstift ansetzen muss oder auf Investitionen ganz zu verzichten.

Wir sind der Meinung, dass bei den Investitionen das Maximum der Ertragshöhe erreicht ist. Ich habe mir lange überlegt, ob Obersiggenthal diese Investitionen überhaupt stemmen kann. Finanziell wäre es möglich, doch ist dies wünschenswert und zu welchem Preis?

Wie sieht es überhaupt mit der Umsetzbarkeit aus? Das alles gebaut werden könnte ist nicht das Problem. Die Frage stellt sich, ob die Verwaltung sämtliche Projekte umsetzen kann.

Die Finanzkommission findet es nicht ungerechtfertigt, dass im nächsten Jahr noch mit dem aktuellen Steuerfuss gefahren wird. Da es im neuen Rechnungsmodell noch viele Annahmen hat, ist es vertretbar mit demselben Steuerfuss ein weiteres Jahr zu fahren. Ab 2016 ist eine Steuerfusserhöhung unvermeidbar.

Für mein Grundverständnis, ist das letzte Mittel die Erhöhung des Steuerfusses. Zuerst müssen Einnahmen und Kosten optimiert werden. Es braucht aber auch ein Sparwillen vom Gemeinderat, vom Einwohnerrat und von der Bevölkerung.

Marcel Müller: Die SVP-Fraktion ist über die geplante Verschuldungsentwicklung ausserordentlich besorgt. Heute beträgt die Nettoverschuldung CHF 15 Mio. oder CHF 1'800 pro Einwohner, wohlverstanden inkl. Kinder. Infolge grosser Investitionen unter anderem auch das angenommene Goldiland werden die Schulden in nur fünf Jahren auf CHF 35 Mio. oder CHF 4'000 pro Einwohner steigen. An der letzten Einwohnerratssitzung hat der Gemeinderat in seinen Legislaturzielen eine max. Verschuldung von CHF 3'000 pro Einwohner gesetzt. Bitte beachten Sie unbedingt, dass gemäss den Empfehlungen der Finanzexperten die Nettoschulden nicht über CHF 2'500 pro Einwohner steigen sollten. Dies wären für Obersiggenthal CHF 22 Mio. und nicht CHF 35 Mio. Auf dieses maximale Expertenziel wird die SVP-Fraktion bei jeder grösseren Investition über die ganze Legislaturzeit immer wieder bestehen. Auf der Einnahmeseite budgetiert der Gemeinderat ausserdem sehr optimistische Steigerungen der Steuereinnahmen von 3% pro Jahr. Dies bei einer aktuellen Inflation von 0.5% und der Tatsache, dass Lohnsteigerungen in der Privatwirtschaft heute eher Ausnahmen sind. Besorgniserregend ist der Selbstfinanzierungsanteil der Gemeinde, der gerade einmal bei 7.7% liegt. Alles unter 15% ist gemäss den Experten nicht gut. Es müssten eher 20% angestrebt werden. Alle Parteien in diesem Raum werden heute über die Finanzen und das Sparen sprechen. Nur bei der Knochenarbeit des konkreten Sparens und der finanziellen Rückbuchstabierung von geplanten Investitionen steht die SVP-Fraktion häufig in diesem Rat alleine da. Geld ausgeben ist immer schöner als sparen, die SVP-Fraktion wird eine so verantwortungslose Verschuldungszunahme in unserer Gemeinde, wie es jetzt geplant ist, in den Sachgeschäften konsequent bekämpfen und hofft dabei auf die tatkräftige Sparunterstützung aller Parteien. Die SVP-Fraktion erwartet von allen Parteien in diesem Rat Sparwille. Taten anstatt nur Worte sind jetzt gefordert. Die SVP will der nächsten Generation in dieser Gemeinde keine desolaten Gemeindefinanzen übergeben.

Ein Steuerfuss unter 100% gilt im Kanton als attraktiv und stellt einen entscheidenden Standortvorteil für unsere Gemeinde dar. So werden auch neue wohlhabende Personen mit sehr gutem Steuersubstrat in unserer Gemeinde Wohnsitz nehmen. Die SVP-Fraktion will nicht, dass die Einwohner von Obersiggenthal in Zukunft mehr Gemeindesteuern bezahlen müssen.

Theo Flückiger: Der Aufgaben- und Finanzplan verspricht einige Herausforderungen. Die Gemeinde Obersiggenthal muss in den kommenden Jahren einiges sparen müssen, um das Budget im Griff zu behalten. Gleichzeitig ist das Sparen nicht die einzige Lösung. Sparen heisst auf Leistungen zu verzichten. Der Abbau von Leistungen ist möglich und aus heutiger Sicht auch nötig und sinnvoll. Für die Fraktion SP/Grünen ist es wichtig, wo die Leistungen abgebaut werden. Die Fraktion bejaht den heutigen Lebensstandard. Sparen heisst Abstriche zu machen. Leider trifft sparen meistens die Schwächsten. Diejenigen, die sich am wenigsten wehren können. Aus diesem Grund wird die Fraktion SP/Grünen genau hinschauen, wo Abstriche gemacht werden. Aus unserer Sicht ist Kreativität für neue Denkweisen gefragt. Sicher sind auch Staffelungen von neuen Projekten zu diskutieren. Es müssen aber auch Schwerpunkte gesetzt werden. Es wird nicht reichen, wenn CHF 4'000 für die Rabattenpflege gestrichen werden. Die Fraktion sieht auch einen anderen Weg und der geht über die Einnahmeseiten.

Wie viel Lebensqualität wollen wir uns leisten? Schaut man in diesem Plan auf die Prognosen, dann ist ersichtlich, dass die Nettoverschuldung pro Einwohner über CHF 2'500 steigen wird. Bereits im nächsten Jahr werden wir diese Zahl erreichen und dies mit einem geplanten Steuerfuss von 100% ab dem Jahr 2016. Eine Steuererhöhung ist unumgänglich und muss vollzogen werden. Es wird im jetzigen Moment auf einen Antrag verzichtet, den Steuerfuss bereits für das kommende Jahr zu erhöhen, da wir die Unterstützung im Rat nicht spüren. Sollte aber von einer andern Seite dies gefordert werden, dann sind wir sofort bereit mitzuziehen, damit der Steuerfuss bereits im 2015 erhöht wird.

Christoph Villiger: Die FDP-Fraktion hat den Aufgaben- und Finanzplan intensiv studiert. Dabei hat insbesondere der Mittelfristplan 2015 – 2019 heftige Diskussionen ausgelöst. Der regelrechte Investitionsschub, der in den nächsten Jahren von fast CHF 40 Mio. ansteht, wovon CHF 7.7 Mio. bereits im Bau bzw. beschlossen sind, macht der Fraktion grosse Sorgen. Die geplante Investitionsspitze hat eine massiv höhere Verschuldung zur Folge. Die prognostizierte Nettoschuld von CHF 4'000 pro Einwohner liegt deutlich über dem Legislaturziel des Gemeinderates. Für die FDP-Fraktion ist es im Moment schwer vorstellbar, dass die vielen Projekte mit diesen Mitteln finanziert werden können. Zwar sind die geplanten Investitionen in der vorliegenden Planung zeitlich gestaffelt. Gleichzeitig fehlen aber aus Sicht der FDP-Fraktion eine klare Priorisierung und damit auch eine Aussage von Seite des Gemeinderates zur Wichtigkeit der einzelnen Investitionen. Für die FDP-Fraktion ist dieser Plan ein Arbeitspapier, welches unbedingt noch Änderungen erfahren muss. Im Weiteren haben wir uns die Frage gestellt, wieso häufig von der Verwaltung genannten Argumente, spezifische Projekte eine positive Wirkung auf das künftige Steuersubstrat haben. Das ist für die FDP-Fraktion in den vorliegenden Zahlen nicht nachvollziehbar. Bei der Ertragsprognose wurde der Bau Goldiland nicht explizit ausgewiesen. Die FDP-Fraktion wird aus diesen Gründen in den kommenden Jahren mehr denn je die Notwendigkeit der anstehenden Investitionen sehr kritisch hinterfragen, weil leider viel zu oft und zu plakativ gemachte Aussagen „das Notwendige vom Wünschbaren zu unterscheiden“ in den nächsten Jahren ernsthafte Realität werden. Zudem erwarten wir vom Gemeinderat konkrete Ideen und Massnahmen, welche zu einer langfristigen tragbaren Entwicklung unserer Finanzen führen, was eine vernünftige Höhe der Verschuldungssituation auch explizit beinhaltet.

Erich Schmid: Die meisten Themen, welche in der CVP-Fraktion diskutiert wurden, haben wir bereits gehört. Wichtig ist auch zu erkennen, dass die Pläne eher zu pessimistisch gemacht wurden. Wenn aufgezeigt wird, wohin die Verschuldung geht und wo wir wirklich stehen, dann ist klar ersichtlich, dass pessimistisch geplant wurde. Dies ist zurückzuführen auf Verschiebungen oder der Umsetzbarkeit. Wie es Peter Marten bereits gesagt hat, stellt sich die Frage, ob die Verwaltung überhaupt in der Lage ist, diese Projekte in der kurzen Zeit umzusetzen. Zum Teil sind auch Kostenschätzungen enthalten, die ohne grosse Abklärungen eingesetzt wurden. Aus diesem Grund sind die Schätzungen eher zurückhaltend zu bewerten. Die Kosten für den Mättelisteg von CHF 3 Mio. finde ich sehr hoch. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Schulden markant ansteigen werden. Es werden auch Kosten auf die Gemeinde zukommen, die nicht beeinflusst werden können, z. B. bei der Sanierung der Kantonsstrasse. Der Entscheid des Gemeinderates, dass im nächsten Jahr der Steuerfuss bei 98% bleiben soll, unterstützt die CVP-Fraktion. Der Sparwille ist richtig, aber es muss etwas gespart werden, das sinnvoll ist.

Patrick Hehli: Wir haben schon vieles gehört und in einem Punkt sind sich alle Parteien einig, es muss gespart werden. Es ist noch nicht lange her, da fand der Wahlkampf statt. Dort gab es ein überparteiliches Komitee, welches über den Steuerfuss diskutierte. Die SVP-Fraktion gehörte nicht zu diesem Komitee und wurde in der Presse als Propheten abgehandelt, da schon damals vorausgesagt wurde, dass der Steuerfuss steigen wird, obwohl dies im Finanzplan schon lange vorgesehen war. In der Woche nach dem Abstimmungsergebnis war im Pressebericht des Gemeinderates zu lesen, dass im Jahr 2016 der Steuerfuss erhöht werden müsse. Während dem Wahlkampf fehlte die Gesamttransparenz vor allem bei den grossen Investitionen. Die SVP-Fraktion wünscht vom Gemeinderat inskünftig, dass er alle geplanten Projekte mit einbezieht und nicht nur einzelne Projekte. Würde alles vernetzter betrachtet, hätte beim

Projekt Goldiland z. B. mit den Schulhäusern Kirchdorf und Bachmatt eine bessere Lösung gefunden werden können. Dies gilt auch für Sportplätze, Beleuchtungen usw. Synergien könnten besser genutzt werden.

Dieser Mättelisteg begleitet den Einwohnerrat doch schon einige Zeit in der Aufgaben und Finanzplanung. Einmal wird er aufgeführt, dann wieder nicht und seit letztem Jahr ist er nun wieder in der Aufgaben und Finanzplanung aufgeführt.

Dieser Steg sollte auf fremdem Gemeindegebiet erstellt werden und wir sollten uns daran beteiligen. Die SVP sieht den Grund für eine Beteiligung nicht, denn 1. können wir uns das einfach nicht mehr leisten und 2. ist dieser Steg kontraproduktiv für unsere Gemeinde. Die Argumentation „Aufleben Bäderquartier“ kann unmöglich unsere Aufgabe sein und wir müssen alles daran setzen dass die Einkäufe bei uns geschehen und nicht durch einen bequemen Steg nach Baden gelangen.

Die Bauherren der geplanten Überbauung Oederlin wollen für Leute bauen, die sich nicht zwingend auf Obersiggenthal konzentrieren. Dies ist nachzulesen in der AZ vom 7. September 2014.

Ich zitiere:

Die Wohnungen werden sich zwar auf Obersiggenthaler Boden befinden – die Bewohner aber sollen sich in erster Linie der Metropolitanregion Zürich zugehörig fühlen, wie der Dokumentation für den Architekturwettbewerb zu entnehmen ist.

Der Steg ist nun schon um CHF 430 000 teurer als im Finanz- und Investitionsplan 2014 und ich bin mir sicher, dass diese nicht die letzte Beteiligungsangabe ist. Und ob das Bäderquartier je wieder seinen alten Stellenwert erreichen wird diese Gedanken stelle ich mal einfach so in den Raum!

Die SVP stellt deshalb den Antrag:

Der Mättelisteg Position 6150 ist endgültig aus dem Aufgaben- und Finanzplan zu streichen und der Gemeinderat ist aufgerufen den Gemeinden Baden und Ennetbaden eine Beteiligung abzusprechen.

Linus Egger, Gemeinderat: Zum Punkt 2 habe ich versucht etwas zu erklären. Offensichtlich habe ich es nicht geschafft, alles verständlich zu übermitteln. Genau mit dem Technischen Zentrum wird versucht, die Synergien zu nutzen. Beim Bachmatt ist auch vorgesehen, mehrere Komponenten anzuschauen. Beim Mättelisteg ist auch der Gemeinderat noch etwas hin- und hergerissen. Die Finanzkommission hat im Auftrag des Einwohnerrates dem Gemeinderat die Aufgabe gegeben, alle Investitionen im Aufgaben- und Finanzplan zu integrieren, welche kommen könnten. Der Mättelisteg ist im Investitionsplan enthalten, ausgegeben wurde bis jetzt aber noch nichts. Das heisst aber auch nicht, dass er bewilligt ist. Der Einwohnerrat hat damit aber eine Übersicht über die möglichen Investitionen.

Den Vorwurf, über die Steuerfusserhöhung in der Presse erst nach der Abstimmung informiert zu haben, muss ich vehement zurückweisen. Der Gemeinderat hat das Budget geprüft und ist gleicher Meinung wie die Finanzkommission. Es soll nach weiteren Einsparungen gesucht werden. Die Differenz, welche dann noch besteht, muss durch eine Steuerfusserhöhung ausgeglichen werden. Das verlangt der Steuerzahler vom Gemeinderat. Das wurde mit dem Budget 2015 versucht. Es ist dem Gemeinderat bewusst, dass in den nächsten Jahren noch Anpassungen vorgenommen werden müssen. Auch bei den Investitionen wird noch genau geprüft, in welchen Bereichen Senkungen vorgenommen werden können. Ich bitte den Einwohnerrat, dies zu Kenntnis zu nehmen. Der Präsident der Finanzkommission hat es klar und deutlich gesagt, auch der Einwohnerrat wird gefordert, jede Investition zu hinterfragen, ob diese Standards richtig sind.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich habe den Mättelisteg schon verschiedentlich erwähnt. In dieser Überbauung sind rund 100 Wohnungen in einem guten Preissegment geplant. Die Gemeinde wird auch profitieren mit einem rechten Steuersubstrat. Damit die Wohnungen att-

raktiv sind, ist es wichtig, dass dieser Mättelisteg gebaut wird. Nicht, dass diese Personen in Baden einkaufen gehen, sondern dass diese Personen ohne Auto dort wohnen und zu Fuss zum Bahnhof gelangen können. Es kann nicht nur bis zur Nasenspitze geschaut werden, sondern der Fokus muss etwas weiter geöffnet werden. Dies sind Sachen, welche aus meiner Sicht strategisch wichtig sind. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch sagen, dass der Gemeinderat im Sinn hat, den Einwohnerrat voraussichtlich im Januar vor Ort über die Überbauung Oederlin zu informieren.

Ich habe gestern die Information erhalten, dass der Kanton sich voraussichtlich an den Kosten für den Mättelisteg beteiligen wird. Der Steg muss bis auf das Inseli mit Lastwagen befahrbar sein, vielleicht ist von diesem Kraftwerk auch noch eine Beteiligung möglich.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stefan Semela: Bezüglich dem Antrag der SVP-Fraktion betreffend Streichung Mättelisteg. Es kann darüber abgestimmt werden, es ist aber keine Verpflichtung für den Gemeinderat diesen zu streichen bzw. weiter aufzunehmen. Im Sinne einer Konsultativabstimmung würden wir über den Antrag der SVP-Fraktion abstimmen.

Abstimmung

Antrag der SVP: Der Mättelisteg Position 6150 ist endgültig aus dem Aufgaben- und Finanzplan zu streichen und der Gemeinderat ist aufgerufen den Gemeinden Baden und Ennetbaden eine Beteiligung abzusprechen. Dieser Antrag wird mit 11 Ja- zu 19 Neinstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

3 2014.45 Budget 2015

Stefan Semela: Einsitz nimmt Bernhard Wehrli, Leiter Finanzen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Stefan Semela: Das Vorgehen wäre so, dass zuerst allgemeine Bemerkungen zum Budget gemacht werden. Anschliessend werden die einzelnen Positionen angeschaut.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission hat sich mit dem Budget 2015 intensiv auseinandergesetzt. Wie alle bemerkt haben, hat sich die finanzielle Lage tendenziell verschlechtert. Dies ist bereits im Budget ersichtlich, an den Massnahmen, die bereits erfolgt sind. Die Finanzkommission wird noch weitere Anträge stellen. Aus unserer Sicht ist ein Sparwille ersichtlich, dieser wurde aber nicht überall gleich durchgesetzt. Es gibt Verwaltungsabteilungen, in denen die Umsetzung sehr gut funktioniert hat und es gibt andere, da hat es nicht geklappt. Die Finanzkommission ist bei mehreren Themen mit der Entwicklung kritisch wie zum Beispiel mit dem Hallen- und Gartenbad; Honorar von externen Beratern und bei der Entwicklung der Pensen, welche später erläutert werden.

Das Budget ist das zweite Budget nach HRM2. Beim ersten Budget im Jahre 2014 mussten gewisse Annahmen getroffen werden. Warum? Gewisse Konten wurden zusammen gelegt, es gab Umbuchungen usw. Dies ergibt eine gewisse Unschärfe. Dieser Umstand wird sich

nach dem ersten Rechnungsabschluss nach HRM2 etwas legen. Dies wäre im 2015 der Fall. Mit dieser Unsicherheit müssen wir momentan leben. Die Budgetvorgabe vom Gemeinderat war, der Sachaufwand um 3% zu reduzieren.

Wie geht eine Finanzkommission vor, um das Budget zu prüfen? Die Finanzkommission hat ein Mandat. Es ist nicht die Aufgabe der Finanzkommission beliebt zu sein. Die Aufgabe der Finanzkommission ist es, kritische Fragen zu stellen und Sachgeschäfte zu hinterfragen. Wie mache ich dies? Ich schaue die Sachen an, lese die Berichte, stelle Fragen, ziehe Schlüsse daraus und stelle nochmals Fragen. Am Schluss gibt es Anträge. Die Finanzkommission entscheidet, ob die Anträge gestellt werden oder nicht. Jedes Mitglied macht es in etwa gleich. Wir haben dieses Jahr den Schwerpunkt auf das Baubudget gesetzt. Dies waren rund 72 Seiten, welche durchgeschaut werden mussten. Es gab zuerst eine Sitzung mit der Abteilung Bau und Planung, welche sehr intensiv war, vor allem auch sehr lange. Was sehr positiv war, wir haben gewisse Fragen direkt stellen können und die Antworten erhalten. Das gute Bild, das wir hatten, wurde bestätigt. Es ist aber auch so, dass wir nicht bei jedem Punkt der gleichen Meinung waren wie die Fachspezialisten. Wenn ich als nicht Fachspezialist eine Frage dem Fachspezialisten stelle, dann riskiere ich, dass ich relativ bald in eine Ecke gedrängt werde und gesagt wird, fachlich ist es so und du hast keine Ahnung. Ich möchte aber betonen, dies war hier nicht der Fall. Wir wurden ernst genommen, konnten unsere Fragen stellen und haben gute Antworten erhalten. Wir haben unsere Punkte, nicht nur vom Baubudget an der gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat eingebracht. Der Gemeinderat ging ebenfalls etwas länger als normal, aber auch dort wurde intensiv diskutiert und es war keine Kuschsitzung. Auch dort hatten wir nicht immer die gleiche Meinung, aber auch dies gehört dazu.

Anhand einer Folie wurden die Defizitbeiträge des Hallen- und Gartenbades aufgezeigt. Aus Sicht der Finanzkommission schlägt man den Kopf an der Decke an. Es ist langsam aber sicher genug, wenn die Gemeinde einen Defizitbeitrag von CHF 600'000 bezahlen muss. Die Finanzkommission ist mit diesem Beitrag nicht glücklich. Wir sprechen noch lange nicht von investiertem Kapital. Es ist keine Kritik an den Betrieb. Jetzt heisst es wieder, die Finanzkommission prügelt auf das Bad ein. Nein, dies ist nicht der Fall, sie sagt einfach, dass das Defizit zu hoch ist. Dies darf gesagt werden. Ich sage nicht, die Personen arbeiten schlecht, ich sage einfach der Betrag ist langsam aber sicher zu hoch. Wir warten spannend auf den Bericht von Herrn Kannewischer. Diese Entwicklung ist aus Sicht der Finanzkommission zu stoppen. Wir sind auch froh, dass hier auch auf Seite des Gemeinderates und der Schwimmbadgenossenschaft erkannt wurde, Gegenwind zu geben.

Zu den Stellenpensen werde ich mich später äussern.

Die externen Honorare belaufen sich in diesem Budget auf über CHF 400'000. Dies ist im Gesamtbetrag für die Finanzkommission zu hoch bzw. das obere Limit. Es ist aber zu sagen, dass im Budget 2015 auch einige extra Sachen enthalten sind wie zum Beispiel die Ausarbeitung der extra Richtlinien aus der Bau- und Nutzungsordnung. Hier stellt sich die Frage der Verbuchung. Die Richtlinien müssen erarbeitet und bezahlt werden, das ist unbestritten. Die Frage ist, wie man sie bezahlt. Wir haben mit der neuen Bau- und Nutzungsordnung die Mehrwertabgabe eingeführt. Mit dieser Mehrwertabgabe ist vorgesehen, dass genau solche Planungsarbeiten bezahlt werden könnten. Jetzt besteht das Problem, dass die Ausgaben heute entstehen und die Einnahmen erfolgen viel später. Hier stellt sich die Frage, gibt es Möglichkeiten, dies bereits heute zu Lasten der kommenden Mehrwertabgaben zu bezahlen? Es wäre unglücklich, wenn man Einnahmen aus der Mehrwertabgabe hätte aber keine Ausgaben. Das Geld kann nicht für die Sanierung des Gemeindehaushaltes gebraucht werden, sondern dies ist zweckgebunden.

Der Aufwand der Spitex steigt weiter an. Dies hat aber damit zu tun, dass die Nachfrage nach Leistungen immer grösser wird. Der Trend der letzten Jahre setzt sich fort. Dies wird auch im höheren Defizitbeitrag ersichtlich.

Die Steuereinnahmen sind rund 1.4% höher als prognostiziert. Ich wurde von einigen gefragt, ob dies zu optimistisch ist. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass es so sein kann, wie es budgetiert ist. Wir wissen alle, dass der Steuervogt diese Abklärungen sehr genau vornimmt und wir haben ein gutes Gefühl was diese Zahlen für das nächste Jahr betreffen.

Die Kostensituation in der Sporthalle hat uns ebenfalls beschäftigt. Die Finanzkommission ist noch nicht glücklich. Zurzeit werden die Aufgaben der Hauswarte analysiert. Wir sind sehr gespannt auf die Ergebnisse daraus. Die Finanzkommission hat einen guten Eindruck erhalten, wie die Liegenschaften gehegt und gepflegt werden möchten. Es gibt im Liegenschaftsunterhalt wiederkehrende Ausgaben, welche alle 2 - 4 Jahre gemacht werden müssen. Die Finanzkommission hat angeregt die Rhythmen zu überprüfen. Wenn etwas in 12 Jahren anstatt 4x nur 3x gemacht werden muss, kann Geld gespart werden. Aber je nachdem hat dies auch Auswirkungen. Die Finanzkommission hat sich dieses Jahr sehr unbeliebt gemacht, weil sie sehr genau hinschaut und prüft, wo und wie die Einsparungen nachgewiesen werden. Wenn eine Anschaffung gemacht wird mit der Begründung, es können x Stunden eingespart werden, dann muss diese Einsparung auch ausgewiesen werden. Wenn diese im nächsten Budget nicht tiefer sind, dann stellt die Finanzkommission Fragen, wo die Einsparungen geblieben sind. Der Gemeinderat konnte sensibilisiert werden, solche Fragen zu stellen und in die Beurteilung mit einzubeziehen.

Die Finanzkommission hat angeregt, dass für die vielen Serviceabos ein zentrales Register geführt wird.

Beim Projekt RWB – GWP Aesch muss die Kostenbeteiligung bereits am Anfang bei den Projektkosten geklärt werden.

Dies waren Schwerpunktthemen, die angepackt wurden.

Es wurde dieses Jahr erwähnt, dass keine spezielle Tiefenprüfung durchgeführt wird, sondern diese Mittel sollen in die Kontrolle der Anlagenbuchhaltung einfließen. Auf diese Werte wird immer noch gewartet, diese haben Auswirkungen auf die Aufwendungsreserve, Abschreibungsbeiträge usw.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich möchte die Probleme bei der Budgetierung aufzeigen. Bekanntlich ist das Budget 2015 auf der Version HRM2 erstellt worden. Da es beim Budget 2014 noch sehr viele Annahmen gab, ist ein Vergleich zwischen den zwei Budgets eher schwierig. Alle die das Budget erstellen mussten, leisteten einen grossen Effort. Das Budget 2015 ist sehr detailliert gegenüber den vorherigen Versionen. In der Zwischenzeit gibt es etwas über 1'000 Konten, die bewirtschaftet werden müssen. Sie können sich selber vorstellen, wie gross sich der Aufwand präsentiert. Es gibt eine viel grössere Unterteilung. Dies hilft dann, wenn die Zahlen aus der Rechnung 2014 vorliegen. Ich kann ihnen bereits heute sagen, dass auch das Budget 2016 gegenüber dem Budget 2015 wieder Abweichungen enthält, da es dannzumal neue Erkenntnisse geben wird. Ich gehe aber davon aus, dass die Mitglieder der Finanzkommission, Euch an den Fraktionssitzungen eingehend und vertieft orientiert haben, was im Budgetprozess gelaufen ist. Ich kann Ihnen sagen, dass auch der Kanton mit der Umstellung noch nicht alles im Griff hat und unser Leiter Finanzen war zum Teil mehr am Telefon gewesen, um Fragen und Probleme abzuklären. Bei der Übernahme der Investitionen im Jahr 2015 aus der Abteilung Bau und Planung sind drei kleinere Investitionen verloren gegangen. Wir haben Investitionen, welche auch mit dem Budget bewilligt werden könnten. Das heisst, sie müssten innerhalb von einem Jahr abgewickelt werden. Sonst bräuchte es einen Kreditantrag an den Einwohnerrat. Die Abteilung Bau und Planung hat das Budget und die Investitionen gemacht. Die Finanzkommission hatte alle Unterlagen und sie haben die Investitionen auch gesehen. Sie hatten nur bei den elektrischen Installationen beim Gemeindesaal einen Einwand anzubringen. Beim Salzsilo oder bei der Öffnung des Tobelbaches gab es keine Einwendungen aus Sicht der Finanzkommission. Bei der Übernahme des Budgets der Abteilung Bau und Planung gingen diese drei Investitionen verloren. Dies hat auf die Erfolgsrechnung keinen Einfluss. Sie

fehlen aber bei der Investitionsrechnung. Für das Salzsilo wird Franziska Grab noch einen Antrag stellen, damit dieses wieder aufgenommen wird.

Wir haben im 2014 keine Kreditabrechnung durch den Einwohnerrat genehmigen lassen. Der Grund war, dass die Abteilung Finanzen durch die Umstellung auf HRM2 so absorbiert und nicht in der Lage war, noch Kreditabrechnungen zu erstellen. Sobald das Budget und der Jahresabschluss fertig sind, werden diese Abrechnungen erstellt. Es geht dort vor allem um Eigenwirtschaftsbetriebsabrechnungen. Es darf nicht vergessen werden, dass die Umstellung auf HRM2 nicht nur heisst, die Konten richtig zuzuteilen, sondern es geht auch um die Bewertungen von Gebäuden und Land. Die Abteilung Finanzen muss Unterlagen liefern und die BDO hilft, dies richtig abzubilden. Wird es nicht jetzt geschafft, dies richtig zu erstellen, dann wird es in den nächsten Jahren darunter leiden. Wer schon einmal einen Systemwechsel mitgemacht hat, der weiss, was es heisst, wenn es nicht beim ersten Mal sauber übernommen wurde. Dann gibt es ein Durcheinander, das nicht so schnell behoben werden kann. Ich bitte Sie im Einwohnerrat für die Probleme Verständnis entgegenzubringen.

Stefan Semela: Wir würden das Budget in vier Etappen durchgehen. Zuerst die allgemeinen Voten, anschliessend Detailberatung, Investitionsrechnung und zum Abschluss der Stellenplan.

Ferdinand Senn: Das Geld zieht sehr häufig den Eigennutzen an und verführt stets unwiderstehlich zum Missbrauch. Darum sind Finanzen enorm wichtig und müssen zweckmässig und gut budgetiert werden. Manchmal tut das Geld gut und beruhigt, aber zwischendurch bereitet es Kopfzerbrechen. Aus diesem Grund ist die Aufstellung eines Budgets die Kunst, Enttäuschungen gleichmässig zu verteilen.

Das uns vorliegende Budget 2015 hat im Umfang in der Zwischenzeit beträchtlich zugenommen um einen zukünftig positiven Finanzhaushalt unserer Gemeinde gewährleisten zu können. Die Umstellung auf das System HRM2 war sicherlich einen grossen Aufwand, mussten doch enorme Anpassungen gemacht werden und hat in den verschiedenen Verwaltungen auch zu Kopfzerbrechen geführt wie mit der Frage, wo kommen die Zahlen hin, damit trotzdem eine gute Übersicht herrscht. Aus diesem Grund möchten wir ein Lob an die Abteilung Finanzen aussprechen.

Die dem Budget vorstehenden Erläuterungen erachten wir als sehr wichtig und sie sind wiederum gut und nachvollziehbar gelungen. Der klare Sparwille ist bei den meisten Bereichen erkennbar, nicht oder nur sehr gering beeinflussbare Kosten dominieren aber immer noch das Budget. Markant sind insbesondere folgende höhere Kosten:

Die Personalkosten infolge der Lohnanpassungen von 0.4/0.5 % sowie den beantragten zusätzlichen 3.1 Stellen. Bei der Spitex, der Kinderkrippe sowie dem Hallen- und Gartenbad sind ebenfalls markant höhere Kosten enthalten. Aber auch die unbeeinflussbaren Kosten sind höher, diese schränken den Handlungsspielraum der Gemeinde immer noch weiter ein. Auf die Anträge der Finanzkommission werden wir bei der Detaildiskussion eingehen. Zu einzelnen Positionen haben wir noch verschiedene Fragen. Die CVP-Fraktion empfiehlt mehrheitlich das vorliegende Budget zu genehmigen.

—
Es folgt die Detailberatung.
—

0 Allgemeine Verwaltung

Patrick Hehli: 011 Legislative: Alle Jahre wird im Einwohnerrat erwähnt, dass gespart werden muss, trotzdem wird seit 2010 jedes Jahr eine Lohnerhöhung bewilligt. Die Argumentation war immer, der Kanton zahle auch eine Lohnerhöhung. Es wird benötigt, damit gutes Personal gehalten oder gefunden werden kann. Fakt ist, dass in den letzten Jahren oft eine höhere Lohnerhöhung ausgerichtet wurde als beim Kanton. Fakt ist auch, dass die Arbeitsstellen beim Kanton und der Gemeinde immer noch sicherer sind als in der Privatwirtschaft. Seit 2010 wurden 6.2% individuelle und 2.0% strukturelle Lohnerhöhungen gesprochen. Ich kenne nicht vie-

le Firmen in der Schweiz, welche diese Zahlen ausweisen können. Im Gegenteil, der Bund, Kanton Zürich wie aber auch der Kanton Aargau liegen deutlich unter diesen Zahlen. Die SVP-Fraktion stellt aus diesem Grund folgenden Antrag: Die Lohnerhöhung von 0.5% sei abzulehnen und es ist nur die strukturelle Erhöhung von 0.4% zu gewähren.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir sind konfrontiert mit einem Markt, welcher in verschiedenen Fachgebieten wenige qualifiziert Mitarbeiter hat. Darum ist es wichtig, dass der Gemeinderat die Möglichkeit hat, unsere jungen Mitarbeiter, welche ein gutes Potenzial aufweisen, mit entsprechenden Anpassungen halten zu können. Aber auch ältere Mitarbeiter, welche gute Leistungen erbringen, möchten honoriert werden. Es gibt Lohnbänder, die vorsehen, dass sich ein Mitarbeiter mit zunehmendem Alter entwickeln kann. Am Lohnband 5, welches von CHF 64'000 bis CHF 104'000 geht möchte ich ein Beispiel machen. Wenn wir ein junger Mitarbeiter einstellen, der bis zur Pensionierung bleibt, und der jedes Jahr 1% mehr Lohn erhält, dann ist er nicht in der Lage, das Lohnband zu überschreiten. Er kommt nie zuoberst an. Daher ist es nötig, dass mit strukturellen Massnahmen Mitarbeiter gefördert werden können.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion: Die Lohnerhöhung um 0.5% ist abzulehnen und es ist nur der strukturellen Erhöhung von 0.4% zuzustimmen. Dieser Antrag wird mit 12 Ja- zu 20 Neinstimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ursula Haag: Konto 0290.3132.00: Die Finanzkommission stellt den Antrag, auf diesem Konto den Betrag von CHF 15'000 zu streichen, der für die Arealentwicklung Bachmatt vorgesehen ist. Wir begrüssen zwar die Absicht, die Planung dieses Areals anzugehen. Doch unsere grösste Befürchtung ist, dass zu wenig Ressourcen für die Planung und Umsetzung vorhanden sind.

Bettina Lutz Güttler: Wir von der CVP-Fraktion unterstützen diesen Antrag der Finanzkommission mehrheitlich. Auch wir sind der Ansicht, dass diese Planung jetzt noch zu früh ist. Wir haben ein paar Projekte, welche bereits in Planung sind oder zur Umsetzung fertig sind. Auch das Schulhaus Kirchdorf ist noch in Planung und wir von der CVP-Fraktion sind der Meinung, dass zuerst diese Planungen abgeschlossen werden sollten bevor mit dem Bachmattareal angefangen wird.

Patrick Hehli: Sind bei der Überbauung Bachmatt alle Gebäude enthalten (Schulhaus, Gemeindehaus, Strübelihuus, Bibliothek usw.)?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ja.

Patrick Hehli: Wenn dies der Fall ist, dann bitte ich dem Antrag der Finanzkommission nicht zuzustimmen. Jetzt wäre die erste Chance für ein vernetztes Denken und für eine gemeinsame Planung. Es macht keinen Sinn, wenn an verschiedenen Standorten ein Schulhaus neu gebaut werden soll. Es soll jetzt zusammen geprüft werden, um Synergien nutzen zu können.

Theo Flückiger: Es wird zu viel Geld in die Abklärungen und Berichte investiert. Bei der Überbauung Bachmatt wurden sehr viele Grundlagenarbeiten bezüglich der notwendigen Planung für die nächsten Jahre gemacht. Der Spielplatzumbau kam für mich etwas zu früh - obwohl der Spielplatz sehr schön geworden ist - aber es hätte zuerst das ganze Areal angeschaut werden müssen. Wenn jetzt immer wieder kleine Themen herausgenommen werden, dann verliert man den Gesamtüberblick über dieses Areal. Die Fraktion SP/Grünen ist der Meinung, dass dies sehr gut investiertes Geld ist und lehnt den Antrag ab.

Ursula Haag: Von der Finanzkommission sind wir nicht gegen die Planung. Wir haben das Gefühl, dass diese zu früh kommt, da es nicht auch noch getragen werden kann. Es sollte auf die Jahre 2016/17 verschoben werden. Klar steht das Strübelihuus ab dem 2016 leer, aber ich sehe es nicht ein, wieso dies jetzt schon so vorangetrieben werden muss.

Christian Bossard: Betrifft es nur das Bachmatt oder alle Schulraumplanungen?

Linus Egger, Gemeinderat: Nur das Bachmatt.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Diese Position ist für die Vorbereitung einer Überbauungsplanung im Bachmattareal gedacht und steht im Zusammenhang mit unseren Legislaturzielen. Die Schulhausstandortfrage muss geklärt werden, nach heutiger Lesung soll im Bachmattareal ein neues Schulhaus entstehen. Das Strübelihuus wird leer und durch die Kindertagesstätte ersetzt, die Dorfbibliothek und die Ludothek benötigen mehr Platz, und nicht zuletzt der Platzbedarf für die Gemeindeverwaltung im Gemeindehaus muss gelöst werden. Solche Veränderungen benötigen Zeit und müssen daher frühzeitig angegangen werden. Die Planung benötigt mehrere Jahre und aus diesem Grund möchte der Gemeinderat jetzt mit dieser Planung beginnen. Dafür benötigen wir diesen Betrag für eine erste Analyse.

Erich Schmid: Was hat das Bachmattareal mit der Schulraumplanung zu tun? Es hat ja keinen Einfluss auf das Schulhaus Kirchdorf.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Gemäss metron-Bericht ist das Bachmattareal der Standort für ein allfälliges neues Schulhaus.

Peter Marten: Die Finanzkommission ist sehr wohl in der Lage vernetzt zu denken. Wir glauben einfach, dass es ein Jahr zu früh ist. Aus diesem Grund wurde der Antrag gestellt. Es gibt bereits so viele Projekte, die anstehen oder am laufen sind. Wir glauben die Verwaltung hat jetzt schon genügend zu tun, um diese Projekte durchzuführen. Das heisst nicht, dass wir es dem Gemeinderat nicht zutrauen, dass dies auch noch gestemmt werden kann, aber wir haben das Gefühl das Fuder ist überladen. Es geht einfach um einen zeitlichen Aufschub.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Der Betrag auf dem Konto 0290.3132.00 von CHF 15'000 zu streichen, der für die Arealentwicklung Bachmatt vorgesehen ist. Dieser Antrag wird mit 20 Ja zu 14 Neinstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Patrick Hehli: Im Konto 1500.3111.00 über den Gesamtbetrag von CHF 14'650 sind CHF 5'000 für die Beschaffung zweier Rückfahrkameras enthalten. Grundsätzlich befürwortet die SVP-Fraktion die Anschaffung dieser Kameras, damit die weniger routinierten Fahrzeugführer in der Feuerwehr mehr Sicherheit beim retour Fahren haben. Recherchen von uns, ohne konkrete Offertstellung, haben aber ergeben, dass nachträgliche Rückfahrkameraeinbauten bereits ab Euro 400 bis CHF 1'000 auf dem Markt zu haben sind. Die Preise verstehen sich mit Material und Einbau. Daher stellt die SVP-Fraktion folgenden Antrag: Das Konto 1500.3111.00 Anschaffung Maschinen, Geräte und Fahrzeuge ist um CHF 2'000 auf den Betrag von CHF 12'650 zu kürzen.

Franziska Grab, Vizeammann: Der Gemeinderat kann diesen Antrag unterstützen. Ich hatte mit der Feuerwehr noch Rücksprache genommen und es sollte gemäss mündlichen Offerten mit dem tieferen Betrag machbar sein.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion: Das Konto 1500.3111.00 Anschaffung Maschinen, Geräte und Fahrzeuge ist um CHF 2'000 auf den Betrag von CHF 12'650 zu kürzen. Dieser Antrag wird mit 35 Ja- zu 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

2 Bildung

Erich Schmid: Beim Konto 2110.3171.01 ist eine Reduktion der Exkursion, Schulreisen enthalten. Was beinhaltet diese Reduktion?

Linus Egger, Gemeinderat: Schulreisen wurden keine gekürzt. Es gab eine Vorgabe vom Gemeinderat, dass 3% des Sachaufwandes reduziert werden muss. Die Schule hatte diese Vorgabe auch und dies war ein Entscheid, die Kosten zu reduzieren. Die Strategie der Schulleitung und der Schulpflege war, dass der Unterricht nicht tangiert werden soll. Die Streichungen sollten nicht im Schulunterricht gemacht werden sondern bei anderen Themen. Die Streichungen wurden dort vorgenommen, wo der Bildungswert am wenigsten tangiert wird.

Eugen Paul Frunz: Konto 2130.3111.00: Auf die Anschaffung des 3D-Druckers ist zu verzichten und dieser Posten um CHF 3'000 auf CHF 4'980 zu reduzieren.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Schule schafft nicht einfach so neue Sachen an. Es ist Teil der Ausbildung, den Jugendlichen zu zeigen, was Technologieentwicklung ist. Ich persönlich habe erst kürzlich gesagt, dass ich auch einmal ein 3D-Drucker sehen möchte, da ich nicht weiss, wie dieser funktioniert. Aus diesem Grund finde ich es sinnvoll und wichtig, wenn den Jugendlichen das Wissen mit auf den Weg gegeben werden kann.

Linus Egger, Gemeinderat: Es handelt sich hier um Mikroskope, welche angeschafft werden sollten. Diese wurden bereits reduziert und werden stufenweise angeschafft. Ich bitte Sie, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Eugen Paul Frunz: Die Mikroskope bleiben ja erhalten mit den CHF 3'680. Wir sprechen nur vom 3D-Drucker.

Stefan Semela: Die Abstimmung muss nochmals wiederholt werden.

Patrick Hehli: Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen, da nicht alle die Kraft haben, den Arm richtig zu heben. Es könnte gelöst werden, wenn jeweils aufgestanden wird.

Stefan Semela: Es liegt eher am Zählen anstatt am Arm zu heben.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion: Konto 2130.3111.00: Auf die Anschaffung des 3D-Druckers ist zu verzichten und diese Posten um CHF 3'000 auf CHF 4'980 zu reduzieren. Dieser Antrag wird mit 24 Ja- zu 11 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ursula Haag: Konto 2170.3144.00: Die Finanzkommission stellt den Antrag auf diesem Konto den Betrag von CHF 4'000 zu streichen, der für den Unterhalt von Rabatten auf der Ostseite des OSOS vorgesehen ist. Wir sind der Meinung, dass ist ein Posten nice to have.

Konto 2170.3144.00: Die Finanzkommission stellt den Antrag auf diesem Konto den Betrag von CHF 22'000 zu streichen, der für den Ersatz von Sonnenstoren vorgesehen ist. Wir sind der Meinung, dass es sicher eine kostengünstigere Lösung gibt.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Wir stellen Ihnen den Antrag, beide Positionen nicht zu streichen. Die CHF 4'000 für den Unterhalt der Rabatten ist nicht nice to have. Die Rabatten sind nur noch verholzt. Es kann nicht mehr mit etwas hacken und jäten instand gestellt werden. In diesen Rabatten wurde in den letzten 40 Jahren nichts gemacht. Es muss nicht unbedingt im nächsten Jahr saniert werden, aber es ist nötig, dass es saniert wird. Das Problem ist, dass sich die Erde abgesenkt hat und die Platten nicht mehr eben sind. Somit kann keine Leiter mehr gestellt werden um die Fenster zu reinigen.

Die Sonnenstoren könnten billiger und einfacher gemacht werden. Im Moment hat es Backpapier vor den Fenstern. Es ist nicht das ideale. Es sind Spezialanfertigungen in diesen zwei Werkzimmern. Aussen fehlen die Aufhängevorrichtungen und innen möchte man in den Werkzimmern nicht unbedingt Vorhänge oder Lamellenstoren. Der Sonnenschutz sollte idealerweise in den Fenster sein und dies bedeutet, dass die Verglasungen ausgewechselt werden müssten.

Abstimmungen

Antrag der Finanzkommission: Konto 2170.3144.00: Das Konto soll um den Betrag von CHF 4'000 für den Unterhalt von Rabatten auf der Ostseite des OSOS gekürzt werden. Dieser Antrag wird mit 26 Ja- zu 9 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag der Finanzkommission: Konto 2170.3144.00: Das Konto soll um den Betrag von CHF 22'000 für den Ersatz von Sonnenstoren gekürzt werden. Dieser Antrag wird mit 30 Ja- zu 5 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Patrick Hehli: Konto 3210.3632.00: Ein bisschen weiter unten im Budget sehen Sie das Konto 3211 Gemeindebibliothek mit dem Betrag von CHF 98'395. Ich bin nicht so belesen aber meine Kinder loben unsere Dorfbibliothek in grossen Tönen, welche sich ständig weiterentwickelt. Ich habe mir sagen lassen, dass viele nur noch in die Dorfbibliothek gehen, weil diese so gut ausgestattet ist. Warum also nicht sparen und den Betrag an die Stadtbibliothek Baden reduzieren? Dieser geht es anscheinend gut, konnte sie doch auch schon Free Wlan in der Stadt sponsern.

Daher stellt die SVP-Fraktion folgenden Antrag: Das Konto 3210.3632.00 Beitrag Bibliothek Stadt Baden ist um CHF 10'000 auf den Betrag von CHF 20'000 zu kürzen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir zahlen schon nur die Hälfte an die Stadtbibliothek Baden als vorgesehen. Es sind aber sehr viele Personen von Obersiggenthal, welche die Bücher in Baden beziehen, da das Angebot vielfältiger ist als in unserer Dorfbibliothek. Wenn wir diesen Betrag streichen oder kürzen, haben wir keinen Zugriff mehr bei der Stadtbibliothek.

Patrick Hehli: Wir sagen nicht, der Betrag soll gestrichen werden, sondern der Betrag soll um CHF 10'000 gekürzt werden.

Urs Müller: Ich brauche beide Bibliotheken und aus diesem Grund bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. Es gibt einen Unterschied zwischen den Bibliotheken. Die Stadtbibliothek hat ein grösseres Sortiment. Die Stadt Baden übernimmt auch viele Zentrumslasten, dies ist ein kleiner Beitrag, den wir an diese Kosten zahlen.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion: Das Konto 3210.3632.00 der Beitrag an die Bibliothek der Stadt Baden ist um CHF 10'000 auf den Betrag von CHF 20'000 zu kürzen. Dieser Antrag wird mit 9 Ja- zu 25 Neinstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Willi Graf: Die Finanzkommission stellt den Antrag, beim Konto 3410.3132.00 sei der Betrag von CHF 8'500 für Honorare für eine 2. Arbeitsplatzanalyse bei den Hauswarten zu streichen. Es muss zuerst der Bericht der ersten Analyse und die daraus folgenden Massnahmen abgewartet werden.

Konto 3410.3144.00: Auch dort stellt die Finanzkommission den Antrag, der Betrag von CHF 12'500 für den Ersatz der Beleuchtung beim Allzweckplatz/Fussballfeld beim Gemeindehaus sei zu streichen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist mit dieser Kürzung nicht einverstanden.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Der Gemeinderat ist mit dieser Streichung ebenfalls nicht einverstanden. Die Beleuchtung funktioniere noch, das ist relativ. Es funktioniert noch halbwegs und das Problem ist, dass es für diese Lampen keine Leuchten mehr gibt. Es ist nicht klar, wie lange diese Leuchten noch brennen werden. Der Platz ist als Eisfeld gedacht, sowie als Parkplatz bei Veranstaltungen im Gemeindesaal. Bei den Vermietungen gehört der Parkplatz dazu und im Winter wird es sehr schnell dunkel am Abend und die Beleuchtung sollte funktionieren.

Abstimmungen

Antrag der Finanzkommission: Konto 3410.3132.00: Das Konto soll um den Betrag von CHF 8'500 für Honorare für eine 2. Arbeitsplatzanalyse bei den Hauswarten gekürzt werden. Dieser Antrag wird mit 35 Ja- zu 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag der Finanzkommission: Konto 3410.3132.00: Das Konto soll um den Betrag von CHF 12'500 für den Ersatz der Beleuchtung beim Allzweckplatz/Fussballfeld beim Gemeindehaus gekürzt werden. Dieser Antrag wird mit 31 Ja- zu 3 Neinstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

4 Gesundheit

Patrick Hehli: Konto 4110.3634.00: Ist dies ein HRM2-Fehler und fehlt dort noch ein 0 oder ist es wirklich nur CHF 50?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Dies ist der Mitgliederbeitrag.

Patrick Hehli: Warum zahlt man diesen Betrag in einem anderen Bezirk?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Es gibt relativ viele Personen in unserer Gemeinde, die im Pflegeheim Muri wohnen. Weil das Kantonsspital halt auch ausserhalb des Bezirks Zuteilungen vornimmt.

Patrick Hehli: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, das Konto 4110.3634.00 Pflegestation Muri CHF 50 ist ersatzlos zu streichen.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion: Konto 4110.3634.00: Der Beitrag an die Pflegestation Muri von CHF 50 ist ersatzlos zu streichen. Dieser Antrag wird mit 2 Ja- zu 28 Neinstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

5 Soziale Sicherheit

Patrick Hehli: Konto 5451.3635.00: Mit grossem Erstaunen hat die SVP-Fraktion von einer 68% Steigerung von CHF 260'000 auf CHF 437'000 Kenntnis genommen. Bei der Suche nach den Gründen sind wir leider ins Leere gelaufen. Selbst die Erläuterungen im Budget auf Seite 15 sind für uns nicht wirklich nachvollziehbar. Wir sind erstaunt darüber, dass auch die Finanzkommission diesen Betrag einfach so hinnimmt. Im 2014 haben wir hier im Rat die Kompetenzen an den Gemeinderat übertragen und nun diese Kostenexplosion. Das riecht nach Hinterfragen. Zusammen mit den Kosten für Tagesstrukturen, welche hier noch nicht gerechnet sind, finden wir es reichlich! Soviel gute Steuerzahler können diese Beträge nicht auffangen. Wir haben einmal seit dem 2003 aufgelistet, was uns diese Krippen kosten bis heute. 2003: CHF 16'128; 2014: CHF 260'000. Die SVP-Fraktion möchte - bevor der heutige Betrag bewilligt wird - eine genaue und einleuchtende Begründung, warum dieser Betrag innerhalb eines Jahres um 68% gestiegen ist! Aus diesem Grund stellt die SVP-Fraktion den Antrag: Konto 5451.3635.00 Krippenpool ist auf CHF 300'000 zu reduzieren. Der Gemeinderat erstellt einen Kostenregulierungsmassnahmenplan mit Varianten zu Handen des Einwohnerrates, in welchem aufgezeigt wird, wie man zukünftig diese Kosten in den Griff bekommen will.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Stammt die Zahl für das Jahr 2014 aus dem Budget?

Patrick Hehli: Ja, es sind bis auf die Jahre 2007 und 2008 immer die Zahlen aus dem Budget.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Das Budget wurde im Sommer 2013 erstellt und dort wusste der Gemeinderat noch nicht, wie viele Krippen, welche noch nicht im Krippenpool sind dazu kommen. Ab dem Jahre 2014 gilt ja die Öffnung der Betreuungstage. Früher gab es die kontingentierte Betreuungstage, welche eingekauft wurden. Wenn ich die Bevölkerungsprognosen aus dem Jahre 2009 anschau, die besagt, dass es im Jahre 2025 406 Kinder geben wird, kann ich sagen, dass dies bereits Ende 2013 erreicht wurde. Es waren dann bereits 468 Kinder im Alter zwischen 0 bis 4 Jahren. Es wurde im Jahre 2012 dem Einwohnerrat eine Vorschulstrategie vorgelegt, welche einstimmig angenommen wurde. Basierend auf diese Bevölkerungsprognosen vom Kanton wurde die Kostenschätzung vorgenommen. Wir haben eine markante Entwicklung bei den Kindern im Alter von 0 bis 4 Jahren. Der Versorgungsgrad, wie viele Kinder zwischen 0 bis 4 Jahren in den Krippen betreut werden, steigt. Wenn ich von den Krippen spreche, dann ist es nicht nur das Strübelihuus sondern es beinhaltet alle 13 Krippen im Pool. Im Jahr 2008 wurden 16.5% der Kinder in einer Krippe betreut. Dies waren 64 Kinder. Im Jahr 2013 wurden 32% der Kinder in einer Krippe betreut. Dies bedeutet 150 Kinder. Die Tendenz ist steigend. Die Zahlen im 2014 liegen noch nicht vor.

Im Vergleich dazu die Kostenentwicklung. Im Budget 2008 – ich nehme absichtlich dieses Jahr, da damals die Geschäftsstelle eingeführt wurde – war es ein Betrag von CHF 164'000. Im Budget 2013 ist ein Betrag von CHF 257'000 eingesetzt. Es war somit nicht eine Verdopplung der Kosten. Bis 2012 haben die Eltern einen markanten Beitrag an die Kosten bezahlt. Vor allem die Vollzahler beim Hort haben den Gemeindebeitrag geschmälert. Ausser im Jahre 2008 und 2013 sind die Beträge seit dem 2006 immer unter dem Budget gelegen. Im Jahre 2008 war der Grund für die Überschreitung die Einführung der Geschäftsstelle. Die Kosten im 2013 wurden bereits bei der Rechnung erläutert.

Was treibt die Gemeindesubventionen in die Höhe? Die Einflussgrössen sind die Anzahl Betreuungstage, Auslastung der Krippen und die Höhe der Elternbeiträge. Wie kommt nun die Erhöhung gegenüber dem Budget 2014? Die Zahlen für das Budget 2014 waren Annahmen, da erst jetzt effektive Zahlen vorliegen. Seit dem 1. Januar 2014 gibt es sieben neue Krippen. Diese haben vor allem Personen mit tieferen und mittleren Einkommen. Wir sind bei der Vorschulstrategie davon ausgegangen, dass diese Krippen etwa den gleichen Elternbeitrag haben wie die restlichen Krippen. Die Nachfrage nach subventionierten Plätzen ist sehr hoch. Wir haben eine Zunahme von 28%. Im Krippenpool sind wir die Gemeinde mit den meisten Nachfragen. Die Geschäftsstelle führt eine Statistik. Die Nachfrage ist unglaublich, weil es bei uns Tagesstrukturen gibt. Wir werden von unserem eigenen Erfolg überrannt.

Der Elternbeitrag in den neuen Krippen ist tiefer. Wir sind von 66% ausgegangen, effektiv sind es 39%.

¼ der Betreuungsverhältnisse sind Säuglinge in Obersiggenthal. Im gesamten Krippenpool sind bereits 47% von allen betreuten Kindern sind Säuglinge. Dies hat ein Einfluss auf die Gemeindesubventionen. Die Pflegeplätze müssen mehr subventioniert werden, als bei Kindern zwischen 18 Monaten und dem Schuleintritt.

Es gibt auch einen strukturellen Grund. Das Strübelihaus lief immer als Hort und als Krippe. Der Hort hat die Plätze der Vorschulkinder belegt. Der Hort ist neu in den Tagesstrukturen und die freigewordenen Plätze wurden sofort aufgefüllt mit Säuglingen. Wir haben eine riesige Nachfrage nach Säuglingsplätzen. Diese Tendenz ist überall zu hören.

Ausblick / weiteres Vorgehen: Der Gemeinderat kennt die Zahlen seit dem Juli und hat sich auch gefragt, was diese Kostensteigerung soll. Ich bin aber zuversichtlich, da jetzt verlässliche Zahlen vorliegen, dass das Budget 2015 so eingehalten werden kann. Wir haben aber bereits wieder eine Anfrage für eine neue Krippe hier in Nussbaumen. Die Betriebsbewilligung wurde noch nicht erteilt, da noch Abklärungen laufen.

Das Volk hat die Steuerreform angenommen und dies hat ein Einfluss auf die Kosten. Die Familienabzüge bei den Steuern sind höher und dies heisst, dass das steuerbare Einkommen sinkt. Wenn dieses sinkt, sinkt auch der Elternbeitrag und die Gemeindesubventionen steigen. Dies macht bei uns basierend auf den heutigen Zahlen ca. CHF 15'000 aus.

Es wurden bereits Varianten ausgearbeitet. Einerseits wurden die Auswirkungen der Steuerreform diskutiert, da zusätzliche Einsparungen gemacht werden müssen. Im Dezember werden zu Händen des Gemeinderates konkrete Lösungsvorschläge präsentiert.

Die Einsparungen werden voll zu Lasten der Eltern gehen. Wir haben mögliche Treiber, wenn z. B. die Babyansätze von 150% pro Platz hinterfragt werden. Die Kinderermässigung ist ein Thema. Wenn mehrere Kinder der gleichen Familie in der Krippe betreut werden, dann gibt es eine Ermässigung. Die Familienabzüge müssen angepasst werden. Auch bei den Tarifen können die Ansätze nochmals angeschaut werden. Wir sehen, dass per 1. August 2015 diese Vorschläge initiiert werden können. Studien sagen, wenn Abwälzung auf die Eltern von 10% und mehr vorgenommen werden, kann dies auch kontraproduktiv sein. Dann würde es einen Rückgang der Nachfrage bedeuten, denn die Reichen würden sich. Wenn diese Beiträge wegfallen, dann sinkt der Elternbeitrag und der Gemeindebeitrag steigt.

Es soll der Nachweis erbracht werden von den zusätzlichen Steuereinnahmen durch die familienergänzende Betreuung.

Mein Fazit: Es ist eine hohe Kostenstellung für die Gemeinde. Ich finde es aber eine positive geografische Entwicklung durch Zuzüge von Familien. Im Gegenzug steigen die Spitexkosten, da die Einwohner von Obersiggenthal überaltert sind. Dies gibt das gewünschte Gegengewicht, welches gebraucht wird. Was wir auch erreicht haben ist der soziale Mix. Der Vorwurf, es sei nur für Gutverdienende, stimmt nicht. Es gibt auch eine Planungssicherheit für die Tagesstrukturen, da genau gesehen werden kann, wie sich die Elternbeiträge zusammengesetzen.

Einsparungen sind für das Jahr 2015 bereits geplant.

Der Antrag auf Streichung des Beitrages auf CHF 300'000 ist gar nicht machbar. Mit der Ausnahme, dass einigen nach einer Kündigungsfrist mitgeteilt wird, dass sie die Kinder nicht mehr bringen können.

Lukas Füglistler: Wie sehen die Subventionen vom Kanton und dem Bund aus?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Der Kanton sowie der Bund subventionieren die Krippen aber nicht die Elternbeiträge. Der Kanton unterstützt die Krippen nur, wenn ein Defizit erreicht wird als Krippe. Das Strübelihuus hat gut gearbeitet und kein Defizit gemacht und erhält somit keine Subventionen. Der Verein kann Rückstellungen vornehmen, welche anschliessend fürs Goldiland gebraucht werden können.

Patrick Hehli: Ich möchte Therese Schneider danken für die ausführlichen Informationen. Ein grosser Teil leuchtet mir auch ein. Ich bin aber schon eine relativ lange Zeit im Einwohnerrat dabei und die Kostenentwicklung konnte mit verfolgt werden. Die Aussage, es sind verlässliche Zahlen, das habe ich in diesem Raum schon häufig gehört und daher glaube ich nicht mehr alles. Ich weiss das Leben wird teurer, aber es kann doch nicht mehr so weiter gehen. Wir zahlen jetzt für den Tageshort CHF 400'000. Irgendwann kommt die Tagesstätte und ich habe die Befürchtungen, dass dort die Beiträge auch von Jahr zu Jahr steigen werden. Irgendwann tanzen wir an der Millionengrenze herum, wo wir nur für die Kinderbetreuung in unserem Dorf zahlen. Für mich ist dies eindeutig zu viel. Das Argument, dass die Steuereinnahmen steigen, ist einfach, ich möchte diese Zahlen einmal sehen. Vielleicht kann mir jemand im Budget die Steuereinnahmen zeigen, welche durch den Hort mehr eingenommen werden. Wir können den Familien nicht alles abnehmen. Viele Anfragen betreffend den Tagesstrukturen und daher ziehen viele nach Obersiggenthal, da frage ich mich, was wir anders machen als Baden und Wettingen? Es war noch nicht lange her, als in der Zeitung eine Umfrage veröffentlicht wurde, dass die Personen nicht wegen der Kinderbetreuung nach Wettingen oder Baden ziehen sondern wegen den Anbindungen des ÖVs oder den Einkaufsmöglichkeiten. Nur in Obersiggenthal ziehen die Personen wegen den Tagesstrukturen zu. Ich sage nicht, es wird gelogen, aber ich glaube nicht mehr alles.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Wir dürfen nicht eine Mischung machen zwischen dem Goldiland und den Kosten hier. Die Kosten hier bestehen, egal ob das Goldiland kommt oder nicht.

Patrick Hehli: Das Goldiland kommt, aber irgendwann sind wir auch dort bei diesen Beiträgen. Wenn man diese dann zusammen zählt, dann sind wir bei der Millionengrenze.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ich gehe davon aus, dass es eine Verlagerung geben wird. Wieso haben wir momentan so viele, die ihre Kinder nach Baden oder Wettingen bringen? Weil wir selber in der Gemeinde nur 22 Plätze anbieten. Es wird sich auch in Zukunft nicht ändern, dass der grössere Teil der Krippen die Firmenrippen sind. Dort haben wir auch bereits konkrete Anfragen für die Warteliste bei den Tagesstrukturen im Jahre 2016.

Patrick Hehli: Dies ist alles wunderbar, aber irgendwann hat ein schlauer Mann gesagt, der Verwaltung muss man manchmal auch den Finanzhahn zudreihen. Es kann nicht von Jahr zu Jahr so weiter gehen. Es gab ein Sprung von CHF 100'000 auf CHF 430'000 und das nächste Jahr wird von CHF 500'000 gesprochen, weil noch mehr Krippen dazu kamen. Es ist ein Fass ohne Boden. Es geht in das gleiche Kapitel wie das Schwimmbad. Irgendwann ist fertig mit Geld ausgeben.

André Kummer: Wenn die Eltern diese Beiträge an den Steuern abziehen können, dann haben sie ja wieder weniger Steuereinnahmen. Für mich geht die Rechnung nicht auf. Im Endeffekt zahlt der Steuerzahler egal wer die Defizite übernimmt (Bund, Kanton, Gemeinde). Die Tendenz ist steigend, wenn es noch mehr Plätze geben soll, dann braucht es auch wieder mehr Personal und dann steigen die Kosten nochmals.

Marcel Müller: Ich gehe davon aus, dass dies bei der Planung der Steuereinnahmen berücksichtigt wurde. Im Budget 2015 ist gegenüber dem Budget 2014 eine Mehreinnahme von CHF 200'000 bei den Steuern ersichtlich. Von diesen CHF 200'000 werden gerade CHF 177'000 an den Krippenpool abgegeben. Die CHF 200'000 Mehreinnahmen bei den Steuern sind von sämtlichen zuziehenden Steuerzahlern. Mit anderen Worten, wir geben den Betrag der Mehr eingenommen wird, gleich wieder aus. Dies kann wirklich nicht sein. Dies sind jetzt Prognosen, wie sie vorliegen. Es ist einfach schade, dass dies bei der Goldilandabstimmung kein Thema war. Jetzt wo der Einwohnerrat mit den Budgetzahlen konfrontiert wird, werden diese Themen aufgezeigt. Die Beiträge können nicht zu stark erhöht werden, weil sonst die Kinder nicht mehr gebracht werden. Es wird jetzt geschaut, was für Auswirkungen es auf die Steuereinnahmen hat. Wenn ich die Budgetzahlen anschau, dann sage ich, die Einnahmen kommen nicht unbedingt. Der Betrieb des Goldilandes wird auch Geld kosten. Dies wird ein Budgetposten sein, welcher uns in den nächsten Jahren sehr beschäftigen wird.

Erich Schmid: Grundsätzlich ist es eine massive Kostensteigerung aber ein wichtiger Punkt muss klar gesehen werden: es müssen alle Kosten eingerechnet werden. Wenn man eine Position um 68% erhöht, dann werden die Steuereinnahmen auf der anderen Seite für den Vergleich herangezogen. Es gibt aber auch noch die Sozialhilfe, welche dadurch reduziert werden kann. Mir ist es egal, wenn in diesem Budgetposten CHF 1 Mio. steht, wenn es auf der anderen Seite dementsprechend mehr Einnahmen hat oder weniger Sozialhilfebeiträge bezahlt werden müssen. Es gibt auch einen zweiten Effekt, dass die Leute sozial unterstützt werden, nicht wegen dem Geld sondern weil die Entwicklung anders ist. Es ist auch so, dass wenn die Frauen im Beruf bleiben können, dann hat man langfristige Auswirkungen, die mit den Steuereinnahmen sehr schwer nachzuweisen sind. Es gibt eine Steuerreform im Kanton Aargau, daher haben wir nicht CHF 200'000 mehr Steuereinnahmen sind sondern vermutlich gibt es zuerst einmal eine Steuerreduktion aufgrund der Steuerreform und dann ein Ausgleich mit den Steuernehmereinnahmen und erst dann kommen die CHF 200'000. Es ist in erster Linie eine Kompensation der Steuerreform. Ich denke die Mehrheit des Einwohnerrates wird dieser Steuerreform zugestimmt haben. Wir haben gewusst, dass die Gemeinden darunter leiden werden. Dies muss klar gesagt werden. Ich habe dies bereits bei der Steuerfussdebatte vor zwei Jahren gesagt, dass die Steuerreform auf den Steuerfuss von Obersiggenthal einen Einfluss haben wird. Das dies in der Steuerrechnung sehr schwer erkennbar ist, ist klar, sonst müssten rund 20 Unterpositionen gemacht werden, in denen alle Auswirkungen einzeln aufgezeigt werden können.

Als es vor ca. zwei Jahren um die Tagesstrukturen gegangen ist, habe ich drei Beispiele genannt, was es kostet, wenn ein Kind in der Krippe versorgt wird. Wie viel kann gerechnet werden, was für die Sozialleistungen weggeht und wie viel die Steuereinnahmen höher ausfallen werden? Diese Zahlen sind mit Annahmen, aber in der Grössenordnung stimmt es immer noch. Das was Patrick Hehli möchte, das ist sehr schwierig und wird sehr viele Annahmen haben. Ich würde es gerne sehen, was Therese Schneider mit den Steuereinnahmen angedeutet hat. Es würde mich auch Wunder nehmen, wie viele Sozialleistungen auch sonst einge-

spart werden könnten. Dies ist aber auch wieder spekulativ. Es gilt die Positionen nicht isoliert anzuschauen.

Wenn ich ein Kraftwerk für CHF 2 Mia. baue dann ist es mir egal, wenn anschliessend CHF 200 Mio. pro Jahr eingenommen werden. Es muss immer im Zusammenhang angeschaut werden und nicht jede Position für sich.

Wir haben ja eine vertragliche Verpflichtung oder?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ja.

Erich Schmid: Wir können bestimmen, es ist ein Betrag von CHF 300'000 einzusetzen, aber wenn es mehr ist, dann müssten relativ schnell neue Tarifblätter erstellt werden und alle Verbandsgemeinde müssten diesen zustimmen. Ich weiss nicht, ob dies so ein einfaches Unterfangen ist.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Grundsätzlich sind wir in den Tarifen frei. Ich finde die CHF 300'000 nicht belegt. Mich würde es noch Wunder nehmen, wie die SVP-Fraktion auf diesen Betrag kommt.

Patrick Hehli: Budget von letztem Jahr also die CHF 220'000 und dann noch aufgerundet.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Dies geht ja gar nicht, wenn jetzt ersichtlich ist, wie viele Plätze neu dazu kommen. Wir müssten alle Elternverträge kündigen, dann müssten die Tarife angepasst werden und am Schluss müssten die Verträge neu abgeschlossen werden. Dies wäre ein Debakel. Machbar wäre es, aber es hat Konsequenzen.

Josef Sieber: Du hast erwähnt, dass im Jahr 2015 bereits Einsparungen möglich sind. Heisst dies, dass diese Zahl von vornherein zu hoch ist?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Nein. Die Einsparungen gehen zu Lasten der Eltern. Wir würden bei ihnen mehr verlangen, damit die Gemeindesubventionen verringert werden könnten.

Josef Sieber: Dann würde der Betrag im Budget aber tiefer ausfallen. Somit ist dies ein Maximalbetrag.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ja, richtig. Aber nie runter auf CHF 300'000. Dies ist gar nicht realistisch.

Bettina Lutz Güttler: Ich habe von meiner Vergangenheit her einige Kenntnisse zu diesem ganzen Verein. Der Punkt ist, dass dieser Betrag auf CHF 300'000 gesenkt werden könnte. Es muss aber zuerst der Tarif angepasst und es müssen alle Verträge gekündigt werden. Der Effekt daraus wäre, dass effektiv die besser Verdienenden ihre Kinder in die Krippe geben könnten. Der obere Mittelstand könnte sich eine Krippe noch leisten, aber alles was darunter wäre, kann sich den Krippenplatz nicht mehr leisten. Es rechnet sich dann einfach nicht mehr. Den Betrag, der jetzt die Gemeinde zahlt, müssen die Eltern übernehmen. Dann würde die Krippe nur noch für die besser Verdienenden zur Verfügung gestellt. Die Frage stellt sich, will die Gemeinde Obersiggenthal das? Ich persönlich habe mich immer dafür eingesetzt, dass wir dies nicht so haben, sondern dass die Möglichkeit besteht, sich bei einem mittleren Einkommen ein Krippenplatz leisten zu können. Auch die schlechter Verdienenden sollen sich aber einen Krippenplatz leisten können, da es dort der grösste Effekt im Zusammenhang mit der Sozialhilfe gibt. Bitte überlegen Sie sich das.

Christian Bossard: Eine Frage habe ich trotzdem noch. Es wurde erwähnt, dass noch eine zusätzliche Krippe aufgenommen werden könnte. Das heisst der Betrag könnte noch mehr stei-

gen. Mit jedem neuen Krippenplatz müssten Elternbeiträge subventioniert werden, was mit noch mehr steigenden Kosten verbunden wäre.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Diese Krippe sieht das Einzugsgebiet eher von Untersiggenthal. Ich denke nicht, dass es 100% Obersiggenthaler Kinder sein werden.

Christian Bossard: Aber vom Grundsatz her würdest Du dies bestätigen, dass mit jedem Krippenplatz zusätzliche Elternbeiträge subventioniert werden müssten.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ja, wenn er nicht ein Vollzahler ist. Aber ich kann mir vorstellen, dass es dann eine Verlagerung geben wird, dass die Personen welche jetzt nach Baden oder Wettingen ausgewichen sind, die Kinder dann hier platzieren würden.

Patrick Hehli: Ist der Platz dort, wo einmal ein Fitnessstudio war?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ja, dass wäre an diesem Ort.

Patrick Hehli: Und dann soll das Einzugsgebiet hauptsächlich Untersiggenthal sein? Fährt jemand von Untersiggenthal absichtlich in eine Sackgasse beim Markthof?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Die Betreiberin schätzt dies so ein. Es ist auch so, dass, sobald sich ein Kind in einer Krippe eingewöhnt hat, kaum mehr ein Krippenwechsel stattfindet. Zuerst wollte sie noch einen Hort, dort hat der Verein aber abgeblockt. Wenn dann eine Krippe.

Willi Graf: Als die Kompetenzverschiebung vorgenommen wurde vom Einwohnerrat zum Gemeinderat, wurde gefragt, was dann die Steuerungsmassnahmen sind bei den Kostenentwicklungen. Dort wurde gesagt, dass die einzige Steuerungsmöglichkeit damals über das Budget ist. Wenn ich aber jetzt höre, Budget, Imageverlust, Vorsicht usw. dann macht mir dies Sorgen. Dann sind die Steuerungsmöglichkeiten gar nicht in den Händen. Dann würde ich rückblickend zu dieser Abstimmung heute nicht mehr Ja sagen.

Patrick Hehli: Das hat die SVP-Fraktion ja dort gesagt.

Marcel Müller: Das ist jetzt wie Nötigung. Über diesen Budgetposten wird jetzt bereits 30 Minuten gesprochen, obwohl wir gar nicht müssten, da von Vertragsbruch, Imageproblemen usw. gesprochen wird. Wir können es durchwinken und weitermachen und die Kosten werden nächstes Jahr wieder steigen, da die Nachfrage offenbar gross ist. Wenn dies die einzige Steuerungsmöglichkeit ist, dann möchten wir dies auch noch steuern können. Wir können uns vielleicht nicht auf CHF 300'000 einigen aber vielleicht auf CHF Ich möchte in diesem Rat einfach ein Zeichen sehen. Wir sprechen von sparen und können ein Antrag stellen, welcher vernünftiger ist. So müssten die Eltern, welche ihre Kinder in die Krippe bringen mit der Situation der Gemeinde auch damit konfrontiert werden. Dann müssen die Tarife halt angepasst werden, in einem Mass, dass nicht gleich alle davonlaufen. Wenn die Kinder in einer Krippe betreut werden sollen, dann läuft man auch nicht gleich davon, wenn die Tarife steigen sollten. Entweder ist man Doppelverdiener und steht zu diesem Modell und ist bereit etwas zu zahlen. Sie können diese Beiträge an den Steuern ja wieder abziehen. Die Steuerreform war auch ein faules Ei. Einerseits schickt man die Kinder in die Krippe und durch die Steuerreform können die Beiträge an den Steuern wieder abgezogen werden. Die Steuereinnahmen sind dann schon wieder weg.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Wir haben grundsätzlich keine Differenz. Ich habe aufgezeigt, dass Lösungsansätze gesucht werden um die Kosten zu reduzieren. Die CHF 300'000 sind einfach nicht realistisch. Wir sprechen von einer anderen Grössenordnung.

Marcel Müller: Welche Zahl ist dann realistisch?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ich gehe davon aus, dass wir 10% einsparen können für das Jahr 2015. Ich finde es einfach schade, dass an der Fraktionspräsidentensitzung niemand gefragt hat, weil ich dort alle Unterlagen dabei gehabt hätte.

Peter Marten: Ich möchte es beliebt machen, dass Entscheide, die in der Vergangenheit gefällt wurden, akzeptiert und einmal stehen gelassen werden. Ich glaube, die politischen Äusserungen der SVP-Fraktion heute Abend waren sehr klar. Es muss nicht ein Zeichen gesetzt werden mit einer pseudomässigen Zahl. Die Botschaft kam klar durch. Es ist auch eine andere Botschaft klar angekommen, dass die Nachfrage existiert. Dies konnten alle an den Zahlen sehen. Was aber auch mal hinterfragt werden müsste, ab wann wird kein Angebot mehr zur Verfügung gestellt. Dies ist eine Diskussion, welche im Einwohnerrat einmal geführt werden müsste. Ich habe Vertrauen in die Sachen, die Therese Schneider aufgezeigt hat.

Patrick Hehli: Ich wäre bereit mein Antrag zu ändern auf CHF 380'000. Andere Jahre hat man bereits im Sommer die Fühler ausgestreckt und es könnte etwas kommen. In diesem Budget steht einfach eine ganz kleine Begründung dazu. Es ist zu teuer. Ich habe dann noch meine Bedenken, dass es dann einfach heisst es wurde trotzdem teurer.

Peter Marten: Ich möchte dann aber keine Frage hören, wenn ein solcher Betrag zu tief ist. Wenn jetzt ja schon klar ist, dass dieser Budgetposten überschritten wird.

—

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion: Konto 5451.3635.00: Das Konto ist auf CHF 380'000 zu reduzieren. Dieser Antrag wird mit 11 Ja- zu 21 Neinstimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

—

Silvia Dingwall Stucki: Ich stelle den Antrag zum Konto 5920.3636.00:

Die Beiträge für Hilfsaktionen im In- und Ausland werden nicht auf CHF 30'000 gekürzt sondern bei CHF 40'000 belassen.

Ich war im 2011 im Lötschental gewesen, kurz nachdem die Hänge ins Rutschen gekommen sind und drei Gemeinden von der Aussenwelt abgeschnitten wurden. Die Gemeinde Obersiggenthal hat eine Spende gemacht, welche sehr willkommen gewesen ist. Wir wohnen in einer Gemeinde mit zum Glück stabilen Hängen und sind nicht von Naturgefahren bedroht.

Wir in Obersiggenthal sind sehr privilegiert aber andere Regionen in der Schweiz und im Ausland sind zunehmend Naturgefahren wie Überschwemmungen ausgesetzt. Wir dürfen nicht weg schauen und sagen es geht uns nichts an, was sonst in der Welt passiert. Die Gemeinde Obersiggenthal wird nicht von Ebola bedroht. Wir können unser Hahnenwasser trinken. Wir sind nicht von IS-Kämpfern umzingelt.

CHF 40'000 für andere Regionen in der Schweiz und auf der Welt für Katastrophen und Entwicklungshilfe ist nur etwa ein Promille vom gesamten Gemeindebudget. Als Vergleich für eine Familie mit einem Jahreseinkommen von CHF 1'000 heisst ein Promille etwas CHF 100 pro Jahr und jetzt wollen Sie dies noch kürzen. Ich plädiere nicht für eine Erhöhung der Hilfsaktionsbeiträge obwohl viele Orte unser Geld sehr gut gebrauchen könnten. Ich plädiere für die Erhaltung von der Beitragssumme von CHF 40'000.

Sparen macht häufig Sinn, aber nicht auf Kosten der Umwelt, der Menschlichkeit, der Solidarität und der Sicherheit von den nächsten Generationen.

Ich bitte Sie von Herzen, geschätzte Kolleginnen und Kollgen meinen Antrag anzunehmen und den Beitrag für Hilfsaktionen auf CHF 40'000 zu belassen.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Der Gemeinderat hat sich bei der ersten Lesung des Budgets sich überlegt, wo Einsparungen vorgenommen werden könnten. Die pragmatische Überlegung war, in welchen Bereichen würde es der Verwaltung oder der Gemeinde am wenigsten schmerzen. CHF 10'000 sind in der Tat sehr viel Geld, aber wir hatten in den letzten 10 Jahren eine schöne Tradition, dass dieses Geld auch gesprochen wurde, aber der Gemeinderat war der Ansicht, wenn schon gespart werden muss, dann sollte auch da gespart werden, auch wenn es zu Lasten der Ärmsten geht.

Brigitte Schmid: Dies ist das Stichwort, zu Lasten der Ärmsten. Unsere Gemeinde setzt CHF 38 Mio. im Jahr um und wir sind in der Lage zu sagen, dass der Gemeinde dies nicht weh macht, wenn CHF 10'000 gestrichen werden. Ich finde schon CHF 40'000 einen jämmerlichen Betrag im Vergleich mit unserem Umsatz von CHF 38 Mio. Ich unterstütze den Antrag von Silvia Dingwall.

Patrick Hehli: Konto 3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck Seite 82: Dieses Konto wird auf Seite 82 mit einem Betrag von knapp CHF 2.5 Millionen ausgewiesen. Die Konto-Positionen entstehen aus diversen Posten verteilt im ganzen Budget. Insgesamt sind es 26 Positionen bestehend aus Konten bzw. Beiträge verschiedenster Art. Beispiele sind: Ferien(s)pass, Samariterverein, Aids-Hilfe Aargau, Tagesfamilien, Aargauer Tourismus usw., nur um einige zu nennen.

Daher der Antrag der SVP-Fraktion: Das Konto 3636.00 ist um 10% zu reduzieren auf den Betrag von CHF 2'212'866. Der Gemeinderat entscheidet in eigener Regie bei welchen Detailkonten die Einsparungen vorgenommen werden.

Linus Egger, Gemeinderat: Jetzt wird aber übertrieben. In diesen Konten sind noch die Lehrerbesoldungen enthalten, welche dem Kanton bezahlt werden muss. Der grösste Teil in diesen Konten sind vertraglich gebundene Ausgaben. Der Ansatz müsste umgekehrt sein, in dem jemand beim Grossen Rat vorstellig wird. Es müsste mitgeteilt werden, dass nicht jedes Jahr der Anteil der Lehrerbesoldung usw. erhöht wird. Auf der ersten Seite heisst es Beteiligung Personalaufwand der Volksschulen und Kindergärten. Wir haben auch eine Beteiligung an die Pflegefinanzierung, dies wird auch vom Grossen Rat festgelegt. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Wenn die 10% eingespart werden sollen, dann erhalten unsere Vereine nichts mehr.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Der Gemeinderat hat als Legislaturziel vermerkt, dass die verschiedenen Fachstellen usw. überprüft werden. Dies macht mehr Sinn, wenn diese explizit angeschaut werden, anstatt alle zu streichen. Die meisten Ausgaben in diesen Konten sind gebundene Ausgaben.

Patrick Hehli: Ich spreche vom Konto 3636.00, dort habe ich vom Leiter Finanzen eine Aufstellung erhalten mit 26 Institutionen oder Vereinen. Ich lese die halt doch komplett vor. Verein Tagesfamilie, Verein Mittagstisch, Fachhochschule/studentisches Wohnen, diverse Verinsbeiträge (Musik, Theater, Fest der Nationen usw), Ferien(s)pass, Samariterverein, Aids-Hilfe Aargau, Regionalstelle für Altersfragen, Pro Juventute (Elternbriefe), Regionale Jugendarbeit, Elternforum und Elternrunde, Tagesfamilien, Diverse (Hope, Frauenhaus, Besuchsdienst usw.), Hilfsaktionen Inland, Hilfsaktionen Ausland, Aargau Tourismus, Kompetenzsumme des Gemeinderates, Beitrag Musikschule Region Baden, Diverse (Kompetenz Kulturszene), Diverse (Kompetenz Kulturkommission), Beitrag Spitex, Defizitbeitrag Hallen- und Gartenbad, Beitrag Jugendmusik, Beitrag Mittagstisch, Beitrag Verein Kindertagesstätte und Beitrag an Vereine für Papiersammlung. Wo befindet sich hier die Lehrerbesoldung?

Linus Egger, Gemeinderat: Ich ging von diesen CHF 2.5 Mio. aus, dieser Betrag wurde ja auch erwähnt. Ich gebe Dir recht, es beinhaltet hier einen grossen Betrag auch für die Musikschule Region Baden, welcher im Einwohnerrat bereits einmal diskutiert wurde. Auch der

Defizitbeitrag an das Hallen- und Gartenbad ist enthalten. Wir können den Antrag stellen und verringern diesen Anteil um CHF 100'000, wenn es aber einen schlechten Winter gibt, dann ist der Betrag aber doch höher an das Hallen- und Gartenbad. Wenn dann müsste gezielt gesagt werden können, welche Beiträge gekürzt werden soll.

Stefan Semela: Den Punkt nehme ich auf, es handelt sich hier um einen Zusammenzug. Wenn eine Kürzung erfolgen soll, dann müssten einzelne Anträge gestellt werden, was genau gestrichen oder gekürzt werden muss. Es kann nicht einfach gesagt werden, dass die CHF 2.5 Mio. um 10% gekürzt werden müssen, sonst würden alle 3636.00 um 10% gekürzt und dies hätte zu Folge, dass dort wo vertragliche Verpflichtungen bestehen, eine Budgetüberschreitung entstehen würde.

Ich verstehe deinen Antrag so, dass jede 3636.00 Position um 10% zu kürzen sei.

Erich Schmid: Wir hatten im Einwohnerrat vor ein paar Jahren einen ähnlichen Antrag gehabt, dort ging es um die Artengliederung beim baulichen Unterhalt. Dort hiess es, dass es bei gewissen Sachen möglich sei, dort wo es sich aber um gebundene Ausgaben handelt, dort kann die Einsparung nicht vorgenommen werden. Auch wenn wir diesem Antrag zustimmen würden, in den Bereichen mit vertraglichen Verpflichtungen, würde es einfach eine Budgetüberschreitung geben. Es kann nur an den kleinen Beiträgen z. B. ans Hope eine Kürzung vorgenommen werden. Somit würde der Gemeinderat einfach diese kleinen Beträge an die Institutionen streichen und hoffen, dass die 10% erreicht werden, sonst gibt es eine Begründung betreffend der Überschreitung. Ich bin mir nicht sicher, ob es wirklich die Meinung ist, dass eventuell die Vereine nichts mehr erhalten für die Papiersammlung. Ich finde den Antrag sehr gefährlich. Ich verstehe den Grundgedanken dahinter, aber durchdacht ist dieser Antrag nicht.

Abstimmungen

Antrag der Fraktion SP/Grüne: Konto 5920.3636.00 und 5930.3636.00: Die Beiträge für Hilfsaktionen im In- und Ausland sind auf CHF 40'000 zu belassen. Dieser Antrag wird mit 8 Ja- zu 27 Neinstimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag der SVP-Fraktion: sämtliche Konten 3636.00: Das Konto 3636.00 ist um 10% zu reduzieren auf den Betrag von CHF 2'212'866. Der Gemeinderat entscheidet in eigener Regie, bei welchen Detailkonten die Einsparungen vorgenommen werden. Dieser Antrag wird mit 6 Ja- zu 25 Neinstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Erich Schmid: Ich habe noch eine Frage zu den Erläuterungen der Position 6150.3132.00. Der letzte Satz heisst: Im Zusammenhang mit dem Strassenlärmsanierungsprojekt Kirchweg sollen Verkehrszählungen durchgeführt werden (CHF 6'000). Besteht dort ein Strassenlärmproblem?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Es könnte sein; wir wissen es nicht. Der Kanton hat Messungen an der Hertensteinstrasse gemacht und dabei von einem Lärmproblem gesprochen. Am Kirchweg, von der Hertensteinstrasse bis zur Einfahrt Markthof, gäbe es, so die Aussage des Kantons, dasselbe Problem. Die Gemeinde wurde aufgefordert, und dies entspricht auch einer Pflicht der Lärmschutzgesetzgebung, das Ganze abzuklären. Dies wollen wir im nächsten Jahr mit Verkehrszählungen machen um zu sehen, ob auch wir ein Lärmschutzproblem haben.

7 Umweltschutz und Raumordnung

Peter Marten: Die Finanzkommission stellt den Antrag, den Betrag auf dem Konto 7101.3111.00 von CHF 42'220 für die Anschaffung eines GPS Trimble R6 sei zu streichen. Diese Position wurde damit begründet, dass weniger externe Aufträge vergeben werden müssten. Es könnten 10% des Betrages eingespart werden, wenn die Wasserversorgung ein eigenes GPS-Gerät hätte. Der Fall würde mathematisch gesehen nach neun Jahren aufgehen. Wir glauben nicht, dass so ein Gerät in der heutigen Zeit effektiv 10 Jahre wartungsfrei und ohne Softwareupdates betrieben werden kann. Der Finanzkommission geht es um den finanziellen Aspekt.

Daniel Meier: Die CVP-Fraktion hat den Antrag Finanzkommission angeschaut und ist der Meinung, wenn ein solches Gerät angeschafft werden soll, dann sollte dies breiter eingesetzt werden. Könnte es mit anderen Werken zusammen genutzt werden? Wir unterstützen den Antrag der Finanzkommission.

Franziska Grab, Vizeammann: Der Werkleitungskataster ist ein wichtiges Planungsinstrument für die Wasserversorgung. Alle Änderungen im Wassernetz werden im Kataster eingetragen. Nur leider hat es dort Fehler. Bei zwei Baustellen kam es nun vor, dass die Hydranten am falschen Ort eingezeichnet waren, dies hat Mehrkosten von CHF 20'000 verursacht. Der andere Fall war, dass die Leitungen an einem anderen Ort eingezeichnet waren, als sie effektiv lagen und dadurch musste mehr ausgegraben werden. Dort haben sich die Mehrkosten auf CHF 15'000 belaufen. Es ist richtig, dass die Differenz marginal ist, aber wenn die Mehrkosten angeschaut werden, weil kein GPS-Gerät vor Ort ist, sind viel gravierender. Ich bitte Sie, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen. Dieses Gerät kann nicht nur für die Wasserversorgung genutzt werden, sondern es können auch Grenzsteine geordnet werden, welche nicht mehr auffindbar sind. Dies mit anderen Gemeinden zusammen zu nutzen, wird relativ schwer sein, weil die Wasserversorgung Untersiggenthal extern ausgelagert ist. Baden hat eine grosse Wasserversorgung zusammen mit dem Regionalwerk. Es gibt eine Flexibilität, weil nicht gewartet werden muss, bis der Ingenieur kommt, wenn es auf der Baustelle ein Problem gibt.

Willi Graf: Die Einsparungen von denen gesprochen wird, wann würden diese wirklich anfallen, wenn ein GPS-Gerät vorhanden wäre? Wenn ich dies richtig verstanden habe, dann wird die Leitung im GPS-Gerät aufgenommen, wird in die Karte übermittelt und wenn dort einmal etwas zu machen ist, dann könnten solche Fälle, die erwähnt wurden, vermieden werden können. Es müsste also zuerst das ganze Netz digitalisiert werden, damit die Auswirkungen der Einsparungen wirklich zum Tragen käme.

Franziska Grab, Vizeammann: Das Netz ist bereits digitalisiert, es enthält einfach sehr viele Fehler. Wenn Projekte in Angriff genommen werden, dann könnte die Planung bereits mit dem GPS-Gerät erfolgen und nicht erst dann, wenn die Baustelle offen ist und gemerkt wird, dass die Leitung an einem ganz anderen Ort verlegt wurde. Es ist so, dass bei jeder Baustelle der Ingenieur auf den Platz kommen muss, aber solche Kosten könnten vermieden werden, wenn es nicht nötig ist.

Willi Graf: Wenn die Genauigkeit der Karte nicht gegeben ist, dann müssen diese Fälle ja zuerst aufgenommen werden. Es ist zwar digitalisiert aber nicht genau, verstehe ich dies richtig?

Franziska Grab, Vizeammann: Ja.

Willi Graf: Die Fehler können erst vermieden werden, wenn es mit einem GPS-Gerät genau ermittelt werden konnte.

Lukas Füglistler: Wenn die Baustelle angefangen wird, dann könnte auf dem Boden eingezeichnet werden, wo die Leitungen durchgehen. Was würde es kosten, wenn ein GPS-Gerät eingemietet wird, bevor mit der Baustelle begonnen wird?

Franziska Grab, Vizeammann: Das Gerät kann nicht einfach nur eingemietet werden. Wenn ein Gerät auf der Baustelle sein muss, dann wird ein Mitarbeiter dieser Firma auch benötigt, da die Software des Gerätes entscheidend ist. Es bringt nichts, wenn zwar das GPS-Gerät auf der Baustelle ist, es muss ja auch noch aktualisiert werden.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto 7101.3111.00: Der Betrag von CHF 42'220 für die Anschaffung eines GPS Trimble R6 sei zu streichen. Dieser Antrag wird mit 24 Ja- zu 8 Neinstimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Erich Schmid: Konto 7900.3132.00, Oederlin-Areal, Schild-Ost usw. Ist dies ein Konto, welches später über die Mehrwertabgabe laufen würde, sobald das Reglement bestehen wird?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Dies ist richtig.

Peter Marten: Es ist ja nicht nur die Frage des Reglements der Mehrwertabgabe sondern auch die Verbuchung. Die Frage ist, kann ich heute eine Ausgabe auf diesem Konto bereits verbuchen, obwohl ich die Einnahmen erst in zwei oder drei Jahren erhalte.

8 Volkswirtschaft

Peter Marten: Im Namen der Finanzkommission stelle ich den Antrag beim Konto 8710.3120.00, der Betrag von CHF 30'600 für den Bezug von Ökostrom Basic sei zu streichen.

Alois Baumgartner: Die CVP-Fraktion hat dieser Budgetposten genau angeschaut. Der Schutz unserer Umwelt durch natürliche Ressourcen gehört zum Grundprinzip der CVP-Fraktion. Grundsätzlich sind wir für saubere Energie. Im vorliegenden Fall haben wir aber keine verlässliche Auskunft betreffend Herkunftsnachweis, Produktionsanlage, usw. erhalten. Im Sinne unserer Sparmassnahmen im Budget 2015 unterstützt die CVP-Fraktion den Antrag der Finanzkommission.

Theo Flückiger: Die Fraktion SP/Grüne hat sich gefreut, dass der Posten im Budget aufgenommen wurde. Es ist ein Auftrag, welcher der Einwohnerrat dem Gemeinderat gegeben hat. Wir haben festgestellt, dass es nicht die 10% sind, welche im energiepolitischen Programm definiert wurden, sind aber auch bereit Abstriche zu machen. Es wurde weiter festgestellt, dass die EGS die Kosten auf das kommende Jahr gesenkt hat. Da der Strom um ca. 4.1% gesenkt wird, führt dazu, dass die Gemeinde ungefähr CHF 13'000 weniger ausgeben wird. In diesem Sinn ist es gerechtfertigt, dass dieser Posten beibehalten wird. Ich bitte den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Falls diesem nicht zugestimmt wird, würde die Fraktion SP/Grüne gerne einen weiteren Antrag einreichen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Bei der Budgetierung war noch nicht bekannt, dass die EGS den Strompreis senken wird. Die Gemeinde wird wohl kaum gleich viel profitieren können von der Reduktion wie die Privathaushalte. Ich möchte aber keine verlässliche Aussage machen, um wie viel der Strompreis sinken wird.

Ich möchte aber noch auf den Antrag zurückkommen von der Finanzkommission betreffend Naturstrom. Gleichzeitig hat Sie die EGS auch wieder auf ihr Naturstromangebot aufmerksam gemacht. „Mit der Bestellung von Siggenthaler Naturstrom basic oder star“, so steht es in die-

sem gelben Schreiben, „unterstützen Sie lokale Produktionsanlagen (KW Stroppele und Fotovoltaikanlagen), welche Elektrizität aus erneuerbarer Primärenergie herstellen.

Für die Gemeinde ist dieser Budgetposten schon ein sehr alter. Der Gemeinderat hat über das Thema erstmals im Jahr 2006 beraten und damals entschieden, dass er sich gut vorstellen könnte, eine einheimische Produktionsanlage auf diese Art zu unterstützen. Diese einheimische Produktion haben wir hier.

Mit der Aufgabe des Energiestadtlabels wurde neu ein gemeindeeigenes energiepolitisches Programm, das dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht wurde, erarbeitet. Dieses Programm für die Jahre 2007 – 2010 enthielt erstmals ein Ziel in dieser Richtung. Und dieses Ziel lautete wie folgt: ein Teil des Elektrizitätsverbrauchs von Gemeindebauten und –anlagen wird als Ökostrom bezogen (Richtwert: bis 2010 10 Prozent).

Und seither schieben wir dieses Ziel vor uns her. Jährlich wird der Posten – aufgrund des Entscheids – im Budget eingestellt und ebenso regelmässig jährlich fliegt er wieder raus. Die Energie- und Umweltkommission ging meistens von etwa diesen 10 Prozent aus; sie hat aber auch schon kleinere oder grössere Beträge beantragt; sie hat schon Beiträge für einzelne Liegenschaften oder für die Strassenlampen beantragt etc. etc.

Ein paar Beispiele aus dem Jahre 2013 nenne ich Ihnen gerne. Wie gesagt, die Zahlen sind aus dem Jahr 2013, fürs laufende oder nächste Jahr haben wir sie nicht erhoben:

Nur für die Strassenbeleuchtung gäbe es in Basic: ca. CHF 8'000, in Star ca. CHF 24'000 Mehrkosten, für das Hallen- und Gartenbad in Basic: ca. CHF 5'500, in Star ca. CHF 16'500, für die Wasserversorgung in Basic ca. CHF 4'500, in Star ca. CHF 13'500, für das Schulhaus OSOS in Basic ca. CHF 3'200, in Star ca. CHF 9'600, für Gemeindehaus und -Saal in Basic ca. CHF 2'000, in Star ca. CHF 6'000.

Wäre es Ihnen lieber, wenn wir Ihnen den Naturstrombezug so an einige Liegenschaft oder einige sonstiges Verbraucher binden würden?

So oder so: Wir haben ein energiepolitisches Programm und Leitbilder, Programme etc. sind nur dann etwas wert, wenn wir uns auch daran halten. Ansonsten können sie geschreddert werden. Oder noch besser: Sie brauchen gar nicht erstellt zu werden, denn die Arbeit dafür ist dann wirklich für die Katz!

Und noch ein Letztes: Der Gemeinderat hat Aufgaben des Energiestadtlabels mit einem eindeutigen Bekenntnis verknüpft. Dieses lautete in etwa wie folgt. Die Kündigung der Energiestadtmitgliedschaft ist nicht als Sparmassnahme zu sehen. Der Betrag für die Mitgliedschaft und das Labels, etwa CHF 14'000 in vier Jahren, soll im Bereich Energie weiterhin ausgegeben werden, beispielsweise für Förderprojekte, teurere Anschaffungen oder für Energiesparmassnahmen. Bitte stimmen Sie dem Budgetbetrag zu.

Erich Schmid: Es ist so, dass gesagt wurde, dass diese Kosten besser eingesetzt werden können. Im OSOS wurde die Beleuchtung ausgewechselt und diese wurde damit begründet, dass Strom eingespart werden kann. Ein Label kann aber nicht 15x verkauft werden. Auch im Schwimmbad wurde dem Einwohnerrat das Label verkauft, damit die Umbaumassnahmen zustande gekommen sind.

Alois Baumgartner: Danke für die Präzisierung. Auf der Igel-Seite würde stehen, was der Naturstrom beinhaltet. Wenn das nächste Mal ein Antrag platziert wird und ganz klar deklariert wird, welcher Naturstrom bezogen werden soll. Unter Ökostrom kann ich alles verstehen oder nichts.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto 8710.3120.00: Der Betrag von CHF 30'600 für den Bezug von Ökostrom Basic sei zu streichen. Dieser Antrag wird mit 25 Ja- zu 10 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Silvia Dingwall Stucki: Die Fraktion SP/Grüne möchte gerne einen Gegenvorschlag zum Antrag der Finanzkommission betreffend Streichung von CHF 30'600 für den Bezug von Ökostrom einreichen. Der Antrag lautet wie folgt: Die Fraktion SP/Grüne stellt den Antrag, dass ein Betrag von CHF 15'000 für den Bezug von Siggenthaler Naturstrom Star in das Budget 2015 aufgenommen wird. Dieser Betrag entspricht etwa den im Budget nicht berücksichtigten Einsparungen aus der Strompreissenkung für nächstes Jahr.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Der Gemeinderat hatte von diesem Antrag keine Kenntnis und konnte ihn daher auch nicht vorbesprechen. Es kann nicht gesagt werden, wie hoch die Einsparungen sein werden. Ich möchte keine Zusage geben, dass die Einsparungen wirklich CHF 15'000 ausmachen. Der Antrag könnte lauten, dass bei der EGS Abklärungen zu treffen sind, wie hoch die Einsparungen ausfallen werden und dann soll dieser Betrag für den Naturstrom eingesetzt werden.

Abstimmung

Antrag der Fraktion SP/Grüne: Konto 8710.3120.00: Es soll ein Betrag von CHF 15'000 für den Bezug von Siggenthaler Naturstrom Star in das Budget 2015 aufgenommen werden. Dieser Antrag wird mit 7 Ja- zu 26 Neinstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Peter Marten: Die Finanzkommission stellt den Antrag, dass beim Konto 8710.3132.00 der Betrag von CHF 5'000 für Honorare für die Planung einer Photovoltaikanlage sei zu streichen. Es geht hier um die Planung einer Photovoltaikanlage auf der Sporthalle. Die Finanzkommission ist überhaupt nicht gegen eine solche Anlage. Aus Sicht der Finanzkommission sollten mögliche Anbieter diese Kosten übernehmen. Dies ist nicht Sache der Gemeinde, diese Grundlagen zur Verfügung zu stellen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Die Gemeinde ist Eigentümer der Liegenschaften und will als solcher Überprüfungen selber durchführen und das Heft nicht aus der Hand geben. Auch im Hinblick auf evtl. spätere Haftungsfragen. Und in rechtlichem Hinblick möchte die Gemeinde auch saubere Verträge abschliessen, welcher evtl. einem von der Gemeinde zu bezeichnenden Anwalt zur Ausarbeitung oder Überprüfung unterbreitet werden sollen.

Bettina Lutz Güttler: Die CVP-Fraktion lehnt den Antrag der Finanzkommission mehrheitlich ab. Die Begründung haben wir soeben von Marie-Louise Nussbaumer gehört. Der Punkt ist der, dass wenn CHF 5'000 in präventive Massnahmen investiert werden, ist wenig im Vergleich zu einem möglichen Schaden, der entstehen könnte. Statische Abklärungen müssen vom Eigentümer gemacht werden und wenn auch allfällige Verträge überprüft werden sollen, dann kann ich dies nur unterstützen. Ich habe selber in den letzten Wochen Verträge von unterschiedlichen Stromanbietern geprüft und es ist erstaunlich, welche Unterschiede gemacht werden. Eine fundierte Prüfung ist sicher zu unterstützen.

Theo Flückiger: Die Überprüfung der Verträge liegt sicher bei der Gemeinde. Hingegen die Abklärungen, da bin ich der gleichen Meinung wie die Finanzkommission, diese soll der Anbieter übernehmen. Es wurde erst eine Anlage gebaut auf dem Dach der Paul Hitz AG. Dort wurden die Abklärungen durch den Betreiber bezahlt. Für die juristische Abklärung, dort benötigt die Gemeinde einen Betrag um diese Abklärungen vornehmen zu können.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es ist so, wie es Marie-Louise Nussbaumer gesagt hat, es geht nicht darum, dass die Gemeinde selber eine Anlage planen will. Es geht nur um die juristischen Abklärungen. Es ist im Budget schlecht formuliert.

Erich Schmid: Wenn diese Planung von einem Verein oder Ingenieur gemacht wird, dann ist dies sicher eine gute Sache, aber ich möchte sehr beliebt machen, dass die Gemeinde diese Verträge wirklich überprüfen lässt. Ich könnte einige Beispiele aus dem Geschäft liefern, wo es nachträglich Probleme gab.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto 8710.3132.00: Der Betrag von CHF 5'000 für Honorare für die Planung einer Photovoltaikanlage sei zu streichen. Dieser Antrag wird mit 16 Ja- zu 19 Neinstimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

9 Finanzen und Steuern

Erich Schmid: Konto 9610.3440.11: Es geht mir nicht um den Betrag der im Budget steht. Ist dies bereits vorgemerkt, dass dieser Betrag ab 2017 entfällt.

Linus Egger, Gemeinderat: Ab dem Jahr 2017 ist dieser Betrag nicht mehr im Budget.

Patrick Hehli: Konto 3090 Aus- und Weiterbildung des Personals der Artengliederung auf der Seite 79: Dieses Konto wird auf Seite 79 mit einem Betrag von CHF 131 304 Franken ausgewiesen. Die Kontopositionen entstehen aus diversen Abteilungen verteilt im ganzen Budget. Diese Kosten steigen jährlich. Der SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass das Personal ausgebildet sein muss und man damit teilweise das Personal auch an die Gemeinde binden kann. Im Rahmen der Sparmassnahmen streben wir hier eine Reduktion an.

Daher der Antrag der SVP-Fraktion: Das Konto 3090 Aus- und Weiterbildung des Personals ist um 8% auf den Betrag von CHF 120'799 zu reduzieren.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Personalausbildung ist ein wesentlicher Teil zum Erlangen von fundiertem Fachwissen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass der Gemeinderat an diesem Betrag festhält.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Es ist noch dazu zu sagen, dass es auch Ausbildungen darunter hat, die über eine längere Zeit gehen. Bei den CAS ist der Gemeinderat bereits Verpflichtungen eingegangen, da diese bewilligt wurden. Es muss klar begründet werden, welche Weiterbildungen gestrichen werden können und welche nicht. Bei der Amtsvormundschaft gibt es auch Weiterbildungen die vorgeschrieben sind. Einem jungen Sozialarbeiter, welcher ein Fachhochschulabschluss hat, wollte die Gemeinde zwei Beistandschaften übergeben und dann kam das Familiengericht vorbei und hat die Person überprüft. Es wurde der Gemeinde mitgeteilt, wenn das Wissen nicht genüge, dann müsse der Mitarbeiter in die Nachbildung. Wir haben gewisse Bereiche in der Verwaltung, in denen klare Vorschriften gelten, welche Aus- und Weiterbildungen gemacht werden müssen.

Es ist das kontraproduktivste, das gemacht werden kann, wenn Aus- und Weiterbildungen gekürzt werden. Dies rächt sich bei der Zufriedenheit der Mitarbeiter.

Marcel Müller: Das ist eine einfache Aussage. Wenn aber gespart werden muss, dann müssen auch diese Konten angeschaut werden. Hier ist es auch wieder ein Priorisierungsproblem. Die Weiterbildungen, die zwingend benötigt werden, sollen auch gemacht werden. Ich bin aber sicher, dass es auch hier Spielraum gibt. 8% ist nicht eine enorm hohe Kürzung. Diese CHF 11'000 können sicher in den Spielräumen gefunden werden. Ich glaube auch nicht, dass die Mitarbeiter gleich davon laufen, wenn einmal ein Kurs nicht bewilligt wird. Wir wollen nicht in

jedem einzelnen Konto einen Kürzungsantrag stellen, sondern die SVP-Fraktion sagt, dass im Zusammenzug dieser Konten 8% eingespart werden muss.

Therese Schneider, Gemeinderätin: In den letzten 10 Jahren, seit ich im Gemeinderat bin, wurde keine einzige Aus- und Weiterbildung zugesagt, die nice to have gewesen wäre.

Patrick Hehli: Ich habe noch einen Ordnungsantrag. Der Präsident gibt dem Redner das Wort und zweitens galt bis anhin die Regel, dass man aufsteht, wenn etwas gesagt werden soll.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion: Konto 3090 Aus- und Weiterbildung des Personals der Artengliederung: Das Konto ist um 8% zu reduzieren auf den Betrag von CHF 120'799. Dieser Antrag wird mit 10 Ja- zu 24 Neinstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Stefan Semela: Als nächstes wird die Investitionsrechnung besprochen.

Franziska Grab, Vizeammann: Wie am Anfang schon erwähnt wurde, ist ein Übermittlungsfehler passiert und die Investition des Salzsilos ging verloren. Auf dem Bachmattareal, in der alten Scheune neben der Bibliothek, befindet sich das heutige, ca. 50 jährige, Streusalzsilos. Der Zustand des Streusalzsilos ist sicherheitstechnisch nicht mehr verantwortbar. Die Spannringe, die das Silo zusammenhalten, sind durchgerostet, die obersten beiden gar abgebrochen. Das Silo kann dem Innendruck aus statischen Gründen nicht mehr standhalten, es könnte bersten. Die Restbestände im Silo können zwar noch fertig gebraucht werden, eine neue Befüllung kommt aber nicht in Frage. Den Mitarbeitern des Baudienstes wurde das Besteigen der Anlage untersagt, was für den Betrieb jedoch notwendig wäre.

Abklärungen

Da die Gemeinde Untersiggenthal vor einigen Jahren ein neues, grosses Salzsilo angeschafft hat, wurde dort um eine Mitbenützung nachgefragt. Obwohl die Antwort grundsätzlich positiv ausfiel, sprechen technische Gründe gegen diese Variante: Unsere Fahrzeuge sind grösser als diejenige von Untersiggenthal und können deshalb nicht unter das Salzsilo fahren. Weil eine Erhöhung des Untersiggenthaler-Silos für das Befüllen ihrer eigenen, niedrigeren Fahrzeuge nachteilig wäre, kommt eine bauliche Anpassung nicht in Frage. Ausserdem würden unsere Streufahrzeuge an verschneiten Wintermorgen wohl auf der Landstrasse im Stau stehen.

Standort des neuen Salzsilos

Das neue Streusalzsilos soll im Technischen Zentrum aufgestellt werden. Falls das Silo im Zusammenhang mit Veränderungen im Werkhof verschoben werden müsste, würden sich die Kosten dafür auf ca. CHF 16'000 belaufen (Fundamente, Stromzuleitung, Kraneinsatz). Der Standort wird aber so gewählt, dass er den zukünftigen Anforderungen nach heutigem Kenntnisstand gerecht werden sollte.

Weshalb wurde das Salzsilo nicht schon früher ersetzt?

Der Gemeinderat und der Leiter Abteilung Bau und Planung wurden erst im Juni 2014 vom Baudienst über den Zustand des Silos in Kenntnis gesetzt, woraufhin sofort ein Betrag für den Ersatz Anfang Winter (Rechnung 2015) budgetiert wurde.

Warum fehlt der Investitionsbetrag in der Budget-Vorlage?

Im Budget-Entwurf der Abteilung Bau und Planung war ein Betrag von CHF 92'000 für die Ersatzbeschaffung vorgesehen, durch einen Systemfehler im HRM2 wurde diese Position der Investitionsrechnung in der gedruckten Version, wie sie dem Einwohnerrat zugestellt wurde, jedoch versehentlich gelöscht. Die Finanzkommission hatte aber Kenntnis vom Antrag, sich in ihren Beratungen mit dieser Investition auseinandergesetzt und beantragte diese nicht zu streichen.

Antrag: Der Ersatz Streusalzsilos zu CHF 92'000 soll in die Investitionsrechnung aufgenommen werden.

Patrick Hehli: Ich möchte es nicht absprechen, dass ein neues Silo benötigt wird, aber ich muss gleich den Mahnfinger darauf heben. Dieses rostet ja nicht von einem Jahr aufs nächste. Im letztjährigen Investitionsplan war davon nichts enthalten. Ich finde dies überraschende Feldzüge. Es geht um Planung und Controlling. Irgendjemand hat den Job schon nicht richtig gemacht. Für mich gibt es ein komisches Gefühl, wenn ein Tag vor der Budgetsitzung noch solche Argumentationen auftauchen. Es geht in die gleiche Richtung, wie bei den Stellenprozentsen. Wenn gemerkt wird, dass es knapp werden kann, wird noch eine Argumentation geliefert. Ich bitte um etwas Weitsichtigkeit.

Franziska Grab, Vizeammann: Es ist nicht innerhalb eines Jahres passiert, es ist aber auch Fakt, dass unser Baudienst mit den Ressourcen sehr sorgfältig umgeht und vielmals denkt, es geht schon noch und daher noch nichts sagt. Der Gemeinderat schaut nicht jeden Tag in diesen Raum. Wir haben uns darauf verlassen, dass der Vorarbeiter meldet, wenn die Arbeitssicherheit beim Silo nicht mehr gegeben ist. Es gibt noch weitere Beispiele, an denen ersichtlich ist, dass sich unser Baudienst nicht getraut Meldung zu machen, wenn etwas defekt ist. Dies aus dem Grund, dass nicht noch mehr Kosten entstehen. Sie bekommen dies auch mit, dass überall immer gespart werden soll. Dies ist der Beitrag vom Baudienst, sie warten so lange, bis es wirklich nicht mehr geht.

Daniel Meier: Gibt es das gleiche Silo wie in Untersiggenthal steht?

Franziska Grab, Vizeammann: Ja.

Daniel Meier: Könnte dies behelfsmässig mit Spannset so lange gesichert werden, bis klar ist, was im technischen Zentrum gemacht werden soll.

Franziska Grab, Vizeammann: Dies ist sicherheitstechnisch nicht möglich.

Peter Marten: In diesem Papier, welches die Finanzkommission erhalten hat, war dieses Silo enthalten. Es wurden kritische Fragen gestellt und auch die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden wurde abgeklärt. Es konnte plausibel erklärt werden, wieso das Silo jetzt ersetzt werden muss. Ich kann auch nicht sagen, ob dieser Preis stimmt oder nicht. Ich gehe davon aus, dass dieser Betrag richtig ist, so wie er hier steht. Was ich aber auch sagen muss, ich möchte nicht indirekt die Verantwortung übernehmen müssen, wenn etwas passieren sollte. Die Arbeitssicherheit geht vor und daher unterstützt die Finanzkommission das Salzsilos.

Es sind offensichtlich sehr viele Personen hier vom Baudienst, wenn etwas ist, dann meldet dies bitte, auch wenn wir vom Einwohnerrat manchmal kritisch sind. Wir wissen die Sparmassnahmen zu schätzen, aber es wird niemandem der Kopf abgerissen, wenn etwas ersetzt werden muss.

Willi Graf: Wieso diskutieren wir jetzt über diesen Betrag?

Linus Egger, Gemeinderat: Es gibt zwei Varianten, entweder wird das Projekt innerhalb eines Jahres abgeschlossen, dann kann es mit dem Budget bewilligt werden. Wenn es über das

Jahr hinaus geht, dann braucht es einen Kreditantrag. Der Gemeinderat hätte auch an der nächsten Einwohnerratssitzung einen Kreditantrag bringen können. Der Gemeinderat weiss ja aber nicht, wie der Winter ausfällt und es braucht dieses Silo dringend. Die anderen zwei Anträge die verloren gegangen sind, werden erst im nächsten Jahr mit einem Kreditantrag kommen.

Franziska Grab, Vizeammann: Die Überlegungen waren die, dass wenn das Budget heute genehmigt würde und die Referendumsfrist abgelaufen ist, dass dann das Silo bestellt und noch dieses Jahr aufgestellt werden könnte. Es wird einfach erst im nächsten Jahr bezahlt, darum kommt es in die Rechnung 2015.

Christian Keller: Ich hätte hier auch noch einen Sparbeitrag. Die Gemeinde könnte in Zukunft auch ganz auf den Streusalzeinsatz verzichten. Es gibt bereits Gemeinden, die das umsetzen. Streusalz bräuchte es nur an ganz wenigen Stellen, wo es um die Sicherheit der Fussgänger geht. Wenn auf der Strasse darauf verzichtet wird, dann wird automatisch vorsichtiger gefahren. Wurde diese Variante einmal geprüft?

Franziska Grab, Vizeammann: Die einzige Option wäre, dass dafür gesplittet wird. Auch der Splitt muss anschliessend speziell entsorgt werden. Dies ist keine günstige Angelegenheit sondern kostet fast so viel wie eine Ladung Salz.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: Der Ersatz Streusalzsilo zu CHF 92'000 soll in die Investitionsrechnung aufgenommen werden. Dieser Antrag wird mit 34 Ja- zu 1 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Stefan Semela: Dann kommen wir zum Stellenplan.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission ist besorgt über die Entwicklung bei den Pensen in der Gemeinde. Bei meinem Eingangsvotum zum Budget habe ich aufgezeigt, wie die Pensenentwicklung in den letzten Jahren war. Sorgen hat uns gemacht, dass gerade 3.1 Pensen erhöht werden müssen. Die Finanzkommission hat die verschiedenen Anträge geprüft. Wir konnten die Pensen mit einer Ausnahme nachvollziehen. Die Ausnahme sind die 1.7 Stellenprozent im Bereich Bau. Dies ist kein Votum gegen die Mitarbeiter beim Baudienst, sondern es wird sachlich der Antrag geprüft, so wie er gestellt wird. Der Antrag lautete in der ersten Variante, dass mit dieser Stelle rund eine Million Abschreibungen eingespart werden können. Bei der Stelle im Baudienst hiess es, dass wenn die Kleinreparaturen selber gemacht werden, anstatt CHF 5.92 Mio. nur noch CHF 5.08 Abschreibungen getätigt werden müssen. Dies hat in der Finanzkommission Fragen aufgeworfen.

1. Das Strassennetz wurde mit CHF 148 Mio. eingesetzt.
2. Die Abschreibungen sind total CHF 2.9 Mio. darin sind alle Abschreibungen enthalten, nicht nur die Strassen.

Dies leitet die Finanzkommission dazu, Fragen zu stellen. Insbesondere auch, weil in der ersten Aufstellung eine Abschreibungsdauer von 25 Jahren bei den Strassen erwähnt wurde. Gemäss HRM2 ist die Abschreibungsdauer bei den Strassen aber 40 Jahre. Die Finanzkommission hat die Fragen an der gemeinsamen Sitzung gestellt, was zu einer grossen Diskussion geführt hat. In dieser Diskussion musste die Finanzkommission feststellen, dass die finanzielle Argumen-

tation nicht nachvollzogen werden kann. Wenn etwas nicht nachvollziehbar ist, dann wird es abgelehnt. Dies ist der Job der Finanzkommission. Die Finanzkommission hat zu dieser Ablehnung einen Bericht geschrieben, daraufhin folgte eine zweite Aufstellung von Seite des Gemeinderats. Diese Aufstellung zeigte eine neue Berechnung. Gleich geblieben waren die CHF 148 Mio. für das 30 km lange Strassennetz, das gibt pro Kilometer Strassennetz einen Wert von CHF 4.93 Mio. Heisst dies jetzt, dass jeder Kilometer Strasse in der Gemeinde den gleichen Wert hat? Gibt es nicht breitere und schmalere Strassen? Weiter wurde gesagt, dass mit diesen Kleinstreparaturen in 16 Jahren rund einen Kilometer Strasse weniger geflickt werden muss. Wie muss ich mir solche Kleinstreparaturen vorstellen? Ich stelle mir vor, dass Schlaglöcher und kleine Risse geflickt werden. Grössere Reparaturen müssen aber weiterhin Extern vergeben werden. Kann mit solchen Kleinstreparaturen das Leben einer Strasse wirklich so verlängert werden, dass es einen Kilometer geben wird in 16 Jahren? Ich bin kein Fachmann, aber ich konnte es nicht nachvollziehen.

Ich habe mir die Mühe genommen und die Studie studiert, welche in der Aktenaufgabe aufgelegt war. Bei der Ausgangslage steht, dass die Gemeinde in den nächsten Jahren auf 10'000 Einwohner wachsen soll. Bei der Diskussion über die neue BNO ist diese Einwohnerzahl nie gefallen. Auch im Finanzplan wurde diese Zahl noch nie erwähnt. Dies ist eventuell auch irrelevant. Nehmen wir an, dass es irrelevant ist, es kann ja auch gesagt werden, wenn die Gemeinde nicht so schnell wächst, werden die Strassen weniger benützt. Es hiess auch in diesem Bericht, dass mehr Kleinstreparaturen vorgenommen werden müssen. Weiter stand in diesem Bericht, dass organisatorische Massnahmen im Bereich Baudienst umgesetzt werden müssen. Bis jetzt wurde die Finanzkommission noch nicht orientiert, was genau gemacht werden soll. Ein Teil aus diesem Bericht wird umgesetzt, ein anderer nicht. Es heisst aber ganz klar in diesem Bericht: „Mit einer klaren Reduktion der Aufgaben und Unterhaltsstandards, sowie mit einer Anpassung der Betriebsorganisation könnten personelle Einsparungen möglich gemacht und Synergien besser genutzt werden. Nur wenn die Umsetzung der organisatorischen Anpassung vorgenommen, die Unterhaltsstandards klar definiert und weitere Aufgaben ausgelagert werden, kann möglicherweise von einer Personalerweiterung abgesehen werden“. Es könnte sein, dass es hier auch einfach darum geht, dass die Mitarbeiter überlastet sind. Dann soll klar kommuniziert werden, dass dies so ist. Wenn schon aufgelistet wird, was der Baudienst in den letzten 30 Jahren alles noch für Zusatzaufgaben erledigen musste, dann soll es auch so verkauft werden. Die Zahlen in diesem Bericht stellt die Finanzkommission weiter in Frage. Die Finanzkommission stellt sich nicht komplett quer. Wir wollen nicht den Baudienst beschneiden. Wir hätten aber gerne einen Bericht, der auch nachvollziehbar ist.

Lukas Füglistner: Die SVP-Fraktion möchte einen Antrag stellen, der nicht dem entspricht, was die Finanzkommission vorschlägt. Die Stellenprozentage setzen sich wie folgt zusammen: Abteilung Finanzen 30%; Abteilung Kanzlei 60%; Einwohnerkontrolle 10%; Abteilung Soziales/Beistandschaften 40%; Baudienst 100%. Wir sind überzeugt, dass die Stellenprozentage beim Baudienst gerechtfertigt sind. Es gibt aus der Bevölkerung Reklamationen, dass schlecht aufgeräumt wird, die Entsorgungsstellen sehen verwüstet aus, usw. Dies sind Gründe, warum die SVP-Fraktion für die Aufstockung beim Baudienst ist.

Erich Schmid: Es ist eine Frage an den Präsidenten. Geht es zuerst um die 100 Stellenprozentage beim Baudienst oder die 70% bei der Abteilung Bau und Planung?

Stefan Semela: Es geht um beide Stellen.

Erich Schmid: Grundsätzlich wurde vor ca. 8 Jahren eine Analyse durchgeführt bei der Abteilung Bau und Planung. Diese hat ergeben, dass sowohl bei der Abteilung Bau und Planung, wie auch beim Baudienst die Pensen angepasst werden müssten. Diese Aufstockungen wurden bis jetzt nicht umgesetzt. Nun wurde ein Experte herangezogen und geschaut, wo Umsetzungen möglich sind. Es kam dabei heraus, dass der Baudienst knapp dotiert ist und dass die Kleinstreparaturen ein Potential liefert um die Ausgaben bei den Reparaturen zu reduzieren. Das Strassennetz in Obersiggenthal weist einige Strassen auf, die nicht mehr einen guten Zustand haben. Es gibt Stellen, da kommen die Baumwurzeln aus dem Boden und beschädigen

gen den Belag. Wenn ein harter Winter kommt, gibt es dort Risse, weil das Wasser darin gefriert. Genau solche Sachen soll der zusätzliche Mann verhindern. Es wird gesagt, dass dadurch Kosten eingespart werden können. Die Zahlen im Bericht stimmen nicht, da Annahmen getroffen werden mussten. Im Investitionsplan sind die Strassen enthalten, welche saniert werden müssen. Dort kann die Lebensdauer nicht mehr verlängert werden. Diese Verlängerung kann aber bei den Strassen gemacht werden, welche noch nicht im Investitionsplan stehen. Auch wenn die Höhe der Einsparungen nicht stimmt, es wird eine Reduktion der Ausgaben geben. Es sind jährliche Einsparungen, welche sich lohnen. Der Strassenbauer arbeitet nicht, wenn es Schnee hat auf den Strassen, dies ist klar, aber dann braucht es dafür mehr Personal beim Winterdienst. Das Ziel ist es, die Strassenreparaturen hinauszuschieben. In den nächsten 20 Jahren wird sich diese Stelle lohnen, wenn die Sanierungen verschoben werden können.

Christian Keller: Im Namen der Fraktion SP/Grünen möchte ich Sie bitten, den Stellenerhöhungen zuzustimmen. Insbesondere die Erhöhung im Baudienst. Obersiggenthal ist eine grosse Gemeinde und die fünf Mitarbeiter halten diese in Schuss. Ich möchte dem Baudienst einen Dank aussprechen für die tolle Arbeit. Es darf nicht unterschätzt werden, was diese Mitarbeiter alles erledigen müssen. Im Winter müssen die ganzen Strassen und Fusswege schneefrei gehalten werden. Bei der Abteilung Bau und Planung zeigt sich auch, dass zu wenige Ressourcen vorhanden sind. Im Jahr 2006 wurde eine Überprüfung durchgeführt. Dort war die Empfehlung, dass diese Abteilung massiv aufgestockt werden müsste. Dies ist bis jetzt nur sehr zaghafte passiert. Die Aufgaben sind aber gewachsen bei beiden Abteilungen, nur beim Personal hat sich nichts verändert. In der Finanzkommission wird jedes Jahr darüber gesprochen, wenn die vielen Ferientage und Überstunden angeschaut werden. Es gibt nur eine Erklärung dazu, es gibt zu wenig Personal. Es gibt gar keinen Spielraum um sich zu bewegen.

Marcel Müller: Grundsätzlich sagt ja die SVP-Fraktion ja zu diesen 100 Stellenprozenten im Baudienst. Es ist auch richtig, dass wenn es so viele Überstunden gibt, Personell etwas gemacht werden muss. Ich glaube aber gerade im Baudienst wäre es angezeigt, eine Analyse durchzuführen, welche Aufgaben extern vergeben könnten. Es wäre schön, wenn sich die ausgebildeten Mitarbeiter auf die Sachen konzentrieren könnten, welche Ihre Fähigkeiten entsprechen. Robidogkübel leeren ist eine Aufgabe, die nicht sonderlich viele Kompetenzen benötigt. Ein Baudienstmitarbeiter wird missbraucht, um im Markthof jeden Montag einen halben Tag Abfall zusammen zu lesen. Ich würde stark dafür plädieren, dass die Stelle aufgestockt wird, aber gleichzeitig die Aufgaben nochmals genau angeschaut werden.

Erich Schmid: Es ist so, dass die Mitarbeiter gut ausgebildet sind und die Aufgaben erledigen sollten, wofür Sie ausgebildet wurden. Outsourcen ist nicht immer positiv. Diese Firmen arbeiten mit dem Gedanken einen Gewinn zu erzielen. Unter dem Strich würden diese Arbeiten teurer werden.

Marcel Müller: Outsourcen heisst oft einen Effizienzgewinn. Es macht aber sicher wenig Sinn, dass ausgebildete Strassenbauer zum Robidogkübel leeren eingesetzt werden. Es gibt auch niederschwellige Angebote, in denen Personen für diese Aufgabe gesucht werden könnten.

Christoph Villiger: Wenn eine Arbeit fremd vergeben wird, dann rechnet man mit 20% Mehrkosten. Ein Vorteil von Outsourcing ist sicher, dass flexible Kosten entstehen. Wenn Stellen aufgestockt werden, dann gibt es Fixkosten.

Peter Marten: Begründet ist die Stelle mit kleineren Strassenreparaturen. In diesem Bericht steht, dass wenn diese Arbeiten extern vergeben werden, fallen teurere Arbeitsstunden an. Wir verstehen nicht, wieso nicht mit einem externen Unternehmen über einen Leistungsauftrag gesprochen wurde. Wieso wurde diese Offerte nicht eingeholt? Ich finde es schade, dass diese Chance vergeben wurde. Wieso hat man nicht den Mut und steht hin und sagt, die Personen sind am Anschlag? Anstatt mit so einer Begründung zu kommen, die nicht stimmt. Wenn die Begründung lauten würde, die Mitarbeiter sind am Anschlag, dann ist dies etwas anderes.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte gerne zu den beantragten Stellen Stellung nehmen. Mit dieser Nachlieferung zu Händen des Einwohnerrates wollte der Gemeinderat in keinem Fall der Finanzkommission in den Rücken fallen. Der Gemeinderat kam zum Schluss, dass er nicht in der Lage war, trotz verschiedenen Gesprächen, der Finanzkommission der Personalbedarf bei der Abteilung Bau und Planung klar zu machen. In Anbetracht zum Nutzen für die Gemeinde, hat darum der Gemeinderat entschieden, nochmals Stellung zu nehmen.

Anhand von Folien werden die Auswertungen der Analyse nochmals erläutert.

Die Ergebnisse wurden mit den Unterhaltsstandards des schweiz. Städteverbands verglichen. Die Unterschiede wurden analysiert und wo nötig bezogen auf unsere Gegebenheiten Anpassungen festgelegt. Dabei wurde auch jeweils abgewogen, welche Dienstleistungen an Dritte vergeben werden könnten. Ich möchte festhalten, dass der Gemeinderat und die Fachpersonen nicht naiv sind. Eine Arbeit, die extern vergeben werden kann ist die Pflege der Grünanlage beim Friedhof. Nach dieser Analyse ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass es für die Abteilung Bau und Planung eine Aufstockung von 1.7 Stellen braucht. Es ist nicht so, dass eine Person eingestellt wird nur für die Kleinstreparaturen, sondern dieser muss auch die anderen Arbeiten, welche anfallen übernehmen.

Für die Strassensanierung gibt es ein Planungsblatt, welches Aussagen macht über den Strassenzustand sowie über den Zustand der Werkleitungen. Zusätzlich sind die externen Werke (EGS, Swisscom, Regionalwerke usw.) aufgeführt.

Bei der Berechnung wollte der Gemeinderat aufzeigen, welche Einsparungen erzielt werden könnten, wenn die Kleinstreparaturen vorgenommen und dadurch die Sanierungen hinausgezogen werden können.

Der Anlagewert der Strassen basiert auf einem durchschnittlichen m² Preis +/- 20%. Es gibt Unterschiede in der Beschaffenheit unserer Strassen z. B. Entwässerung, Randabschlüsse und 1-3 schichtige Beläge. Dadurch entsteht für die Gemeinde neben dem qualitativen auch ein quantitativer Nutzen. Somit könnten auch diejenigen Arbeiten ausgeführt werden, welche aufgrund der schmalen Personaldecke bisher vernachlässigt wurden. Es müssten in den nächsten 16 Jahren durch die Stellenaufstockung einen Kilometer weniger Strassen saniert werden. Dadurch entsteht eine jährliche Einsparung zwischen CHF 110'000 und CHF 165'000. Der Gemeinderat möchte an diesem Antrag festhalten und macht dem Einwohner-rat beliebt, diesen zu unterstützen.

Franziska Grab, Vizeammann: Klar laufen die Mitarbeiter am Anschlag. Wenn der Gemeinderat aber mit einem nicht fundiert abgeklärten Antrag gekommen wäre, dann wäre die Finanzkommission gekommen und hätte die Frage gestellt, wieso eine Stellenaufstockung erfolgen soll, wenn die Mitarbeiter am Anschlag laufen. Die Sicherheitsmassnahmen im Baudienst haben sich in den letzten Jahren verschärft. Es gibt kaum noch Tätigkeiten, welche eine Person alleine ausführen darf. Es ist auch nicht mehr so, dass ein Landwirt aufgefordert werden kann, er soll für die Gemeinde die Strassenränder schneiden. Die Gemeinde wäre verpflichtet diese Person mit Sicherheitskleidern auszurüsten und es müsste noch jemand vom Baudienst verpflichtet werden, diese Person zu sichern. Der Baudienst ist mit dem Pensum auf den Frühling, Sommer und Herbst ausgerichtet. Im Winter gibt es noch externe Firmen, die für die Schneeräumung aufgefordert werden können. Obersiggenthal ist in der Region die einzige Gemeinde, in welcher die Mitarbeiter in der Zeit von November bis März keine Ferien beziehen dürfen. Sonst müssten noch mehr externe Personen für den Winterdienst angestellt werden. Es wäre wünschenswert, dass auch die Mitarbeiter im Baudienst Skiferien beziehen dürften.

Ich möchte noch etwas zur Aufstockung der 70%-Stelle bei der Abteilung Bau und Planung sagen. Es ist so, dass davon 30% beim Leiter Abteilung Bau und Planung vorgesehen sind. Seit

Jahren stehen grosse Projekte an, die immer wieder verschoben werden, da die Zeit nicht ausreicht. Der Leiter Abteilung Bau und Planung ist mit den kleinen Projekten zu stark beschäftigt. Die Strassen müssen saniert und dies muss alles geplant werden. Der Kanton stürmt aber jedes Jahr, wie es mit den grossen Projekten aussieht und setzt uns Termine, da keine Freude mehr vorhanden ist, wenn immer alles hinausgeschoben wird. Der Einwohnerrat hat hingegen sicher Freude, wenn die Investitionen immer weiter nach hinten verlegt werden und die Zahlen besser aussehen.

Die 15 Stellenprozente, welche für den Baudienst vorgesehen sind ergeben sich daraus, dass der jetzige Vorarbeiter die Arbeitsvorbereitungen in seiner Freizeit erstellt. Diese Zeit, welche er zu Hause für diese Arbeiten benötigt, schreibt er nicht einmal auf. Der jetzige Vorarbeiter wird in zwei Jahren pensioniert und der Nachfolger wird dies ganz sicher nicht mehr machen. Dann kommt das nächste grosse Erwachen, wieso plötzlich so viel mehr Kapazität benötigt wird für die gleiche Arbeit. Dies geht nur, weil sich die jetzige Person so mit der Gemeinde identifiziert. Es kommt dazu, dass dem Vorarbeiter auch am Wochenende angerufen werden kann, wenn eine Katze am Strassenrand liegt. Er geht, beseitigt die Katze und schreibt diese Stunden ebenfalls nicht auf.

Bei der Wasserversorgung wurden 25% eingesetzt, damit im administrativen Bereich aufgeräumt werden kann. Es bleibt zu viel Arbeit liegen. Es ist für niemand interessant, wenn man am Morgen ins Geschäft kommt und überlegt, was für Arbeiten lass ich liegen, damit das nötigste erledigt werden kann. Am Abend geht man aus dem Geschäft und hat im Hinterkopf, was noch alles hätte erledigt werden müssen. Bis jetzt war es einfach so, dass in den Sommerferien Studenten die Papiere abgelegt haben. Wenn sich Personen beschwert haben, wieso die Rechnungen für die privaten Leitungsbrüche noch nicht gestellt wurden, dann wurden auch diese Rechnungen noch an einem Wochenende geschrieben. Ich denke diese Zustände müssten geändert werden. Dafür ist die 70% Aufstockung bei der Abteilung Bau und Planung vorgesehen.

Peter Marten: Die Stelle ist in der Rubrik 1104 betrieblicher Unterhalt, Erhaltung der Betriebsbereitschaft. Erhaltung der Betriebsbereitschaft ist bei den Strassen ein Werterhalt. Werterhaltsarbeiten sind Belagsarbeiten und diese werden extern vergeben.

Schade, dass Du Franziska Grab so ein schlechtes Bild von der Finanzkommission hast. Die Finanzkommission hat versucht mit diesem Bericht eine Hand zu geben. Ich habe Heute schon mehrfach gesagt, wenn eine andere Begründung gewählt worden wäre, dann wäre es für die Finanzkommission nachvollziehbarer als mit diesen Unterlagen. Es ist schlecht, wenn jemand zu Hause arbeiten muss und die Zeit nicht aufschreibt. Es soll auch kein Zustand sein in der Gemeinde. Ich wünsche mir, dass der Gemeinderat der Finanzkommission etwas mehr zutrauen würde, die Sachen zu beurteilen.

Dieter Martin hat in seinem Votum gesagt, dass eine Zahl einfach geglaubt werden muss. Ich möchte keine Glaubensdiskussion führen in diesem Rat. Aber wenn ich Zahlen präsentiert bekomme, dann möchte ich diese auch nachvollziehen können.

Urs Müller: Ich stelle einen Antrag auf Abbruch der Diskussion, sonst müssen wir eine Stellenerhöhung bei der Protokollführerin beantragen.

Stefan Semela: Abgelehnt, es wird weiter diskutiert.

Erich Schmid: Im Rechenschaftsbericht war eine Grafik enthalten, welche Strassen in den letzten 10 Jahren alle saniert werden mussten. Im Investitionsplan ist die Strassensanierung immer ein sehr grosser Posten. Aber es nicht so, dass es ein Vorsprung gibt bei der Sanierung. 1-2% der Strassen müssten pro Jahr saniert werden. Bei uns war es jeweils knapp 1% der Strassen welche saniert wurden.

Ich mache jeweils eine Grafik mit den letzten Investitionsplänen. Im Jahr 2011 wurden die Gebühren beim Abwasser erhöht im Hinblick darauf, dass die Modernisierung der Abwasseranlagen endlich umgesetzt werden muss, da dies bereits im Jahr 2002 vermerkt wurde. Aber die Realisierung wurde immer wieder verschoben, weil der Leiter Tiefbau nicht die Kapazität hat, das Projekt umzusetzen. Das Gleiche gilt beim Leiter der Wasserversorgung, auch er ist immer in Verzug, weil er die Administration auch noch selber erledigen muss. Ich persönlich bin dafür, dass diese Stellenerhöhung bewilligt wird.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmungen

Antrag der Finanzkommission: Die Summe der von der Gemeinde entlöhnten Mitarbeitenden um +140 Stellenprocente auf total 58.40 Pensen zu erhöhen. Dieser Antrag wird mit 5 Ja- zu 30 Neinstimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Bettina Lutz Güttler: Wäre das richtige Vorgehen nicht, dass die verschiedenen Anträge gegenübergestellt werden?

Stefan Semela: Dies wäre auch möglich. Welche hättest Du einander gegenüber stellen wollen?

Bettina Lutz Güttler: Ist egal.

Antrag der SVP-Fraktion: Die Summe der von der Gemeinde entlöhnten Mitarbeitenden um +240 Stellenprocente zu erhöhen. Die Stellen setzen sich wie folgt zusammen: Abteilung Finanzen +30%; Kanzlei +60%; Einwohnerkontrolle +10%; Abteilung Soziales/Beistandschaften +40%; Baudienst +100%. Dieser Antrag wird mit 11 Ja- zu 23 Neinstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

—

Schlussabstimmungen

Das Budget 2015 (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe) mit einem Steuerfuss von 98 % sei zu genehmigen.

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 35 Ja- zu 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.
—

Die Summe der Stellenprocente gemäss Stellenplan sei zu genehmigen.

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 25 Ja- zu 10 Neinstimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.
—

Für die Eigenwirtschaftsbetriebe: Der Beibehaltung der Verbrauchsgebühr pro m³ gemessenen Wasserverbrauch (Wasserversorgung) von CHF 2.00, die Beibehaltung der Benützung-

gebühren pro m³ gemessenen Wasserverbrauch (Abwasserbeseitigung) von CHF 1.80 und die Beibehaltung der Kehrrechtgebühren sei zu genehmigen.

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 35 Ja- zu 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

4 2014.46 Umfrage

Marcel Müller: Es gibt einen Antrag der Finanzkommission, der vergessen gegangen ist. Es handelt sich um den Betrag von CHF 97'000 für den Ersatz div. elektronische Steuerungen im Gemeindesaal sei zu streichen.

Stefan Semela: Der Betrag war in der Investitionsrechnung gar nicht enthalten.

Franziska Grab, Vizeammann: Dieser ist beim Übertrag verloren gegangen und wird daher mit einem separaten Kreditantrag folgen.

Ursula Haag: Auch wenn es etwas später geworden ist, möchte ich es nicht unterlassen Lisa Dikk ganz herzlich für Ihr Engagement zu danken. Sie ist neun Jahre im Einwohnerrat gewesen und hat unsere Fraktion in der Einbürgerungskommission vertreten. Sie hat die Aufgaben mit viel Herzblut wahrgenommen. An den Fraktionssitzungen hat Lisa Dikk immer kompetent zu den Einbürgerungen Stellung genommen. Lisa Dikk hat Ihre Aufgabe ernst genommen und war immer untröstlich, wenn Sie an einer Einwohnerratssitzung nicht teilnehmen konnte. So haben wir auch Verständnis für Ihren Entschluss, dass Sie zurücktreten möchte, um die Welt bereisen zu können. Sie kann so Ihre Pflichten im Einwohnerrat nicht mehr wahrnehmen. Wir wünschen Lisa Dikk auf den zukünftigen Wegen alles Gute.

Marcel Müller: Es wurde über 15 Anträge abgestimmt. Das Ergebnis ist sehr knapp ausgefallen. Sparen oder nicht sparen ist eine Knochenarbeit. Nicht sparen hat sieben Mal, sparen acht Mal gewonnen. Aber wir hoffen in der SVP-Fraktion, dass das Sparen noch mehr wahrgenommen wird in den nächsten Geschäften. Die Gemeinde muss sehr auf die Finanzen achten.

Stefan Semela: Wenn keine weiteren Fragen mehr sind, schliesse ich die Einwohnerratssitzung.

Der Präsident:

Stefan Semela

Die Protokollführerin:

Romana Giandico-Hächler